

# Sparkassen



# Zeitung

Nummer 6-7 | Juni-Juli 2011 | 98. Jahrgang

## Kunden von morgen steuern die Bank

Sparkassentag 2011: Wie werden Jugendliche zufriedene Bankkunden?



Thomas Uher, Erste Bank Oesterreich: „40 Prozent der Neukunden müssen Jugendliche sein um Marktanteile zu halten!“

Jugendmarketing ist Zukunftssicherung. Doch wie gewinnt man das Vertrauen junger Menschen? Wie kommunizieren moderne Sparkassen mit mobilen Jugendlichen in einem harten wettbewerbspolitischen Umfeld? Was wird in der Gruppe bereits verwirklicht und was können andere Sparkassen daraus ableiten? Die- sem Fragenbündel widmete sich der Österreichische Sparkassentag 2011 in Graz. Eine traditionelle Veranstaltung als mentaler Jungbrunnen ...\*)

Milan Frühbauer

Das durchaus provokant gemeinte Generalthema „Jugend ohne Bank?“ erwies sich als äußerst facettenreiche Fragestellung. „In Zukunft müssen wir unsere Einzigartigkeit hervorheben und gezielt daran arbeiten. Wir haben uns lange Jahre von den Mitbewerbern nicht wirklich unterschieden“, gab Thomas Uher, Vorstands-

sprecher der Erste Bank Oesterreich, den Takt vor. Sein Ziel ist klar: 40 Prozent der Neukunden müssen Jugendliche sein! Der Konsument wolle das Produkt mitgestalten, er möchte in der Kommunikation mit seiner Bank die neueste Technologie nutzen und auch noch Spaß dabei haben.

Uher kündigte eine Apps-Offensive an, die zwar viel Geld koste, aber unabdingbar sei. Man sei auf einer Autobahn schnell unterwegs, doch diese sei nicht gut beschil- dert. „Wir müssen die Ausfahrt ‚Future: Next Exit‘ suchen und finden. Dann werden wir die beste Bankengruppe in Österreich sein“, so Uher.

Insgesamt verändern sich die Marktanteile der großen kreditwirtschaftlichen Gruppen im Langfristvergleich nicht spektakulär. Umso wichtiger sei es daher, beim Kundenanteil Jugendliche auf dem Gas zu bleiben. Die Sparkassen können dabei auf Er-

folge verweisen. Jüngsten Untersuchungen zufolge wollen 84 Prozent der jugendlichen Sparkassenkunden ihr Konto behalten.

### Jugendlichkeit in der Gegenwart

Doch welches Lebensgefühl und welche Wünsche bestimmen im 21. Jahrhundert das Verhalten der Jugendlichen? Dieser spannenden Thematik widmete sich der Geschäftsführer des Instituts für Jugendforschung, Philipp Ikrath. Er betonte den unverkennbaren Zug zur Individualisierung in der Gesellschaft, der selbstverständlich auch die Jugendlichen erfasse. Die vielzitierte Silent-Revolution sei am Ende, so Philipp Ikrath, anstelle von Selbstverwirklichung und idealistischen Gesellschaftsutopien gehe es jetzt wieder um Einkommen, Konsum, Karriere und Sicherheit. „Am Beginn des dritten Jahrtausends kehrt der Materialismus zurück“, setzte der Jugendforscher einen pointierten Kontrapunkt zur weitverbreiteten Meinung, die Jugend sei postmateriell und hänge überwiegend systemüberwindenden, die Ökonomie verdrängenden Idealen an. Die Werthaltungen signalisierten einen Neomaterialismus. Themen wie Finanzierung des Sozialstaates, Arbeitslosigkeit, innere Sicherheit, Migration und Wirtschaftskrise veränderten die Wertepreferenzen.

Der demoskopisch erhobene Wertekanon sieht die Sicherheit, die Ausbildung, den Erfolg und die berufliche Verankerung überraschend weit oben.

### MEINE MEINUNG

## Schulden, nicht der Euro



Michael Ikrath  
Generalsekretär  
des Sparkassenverbandes

Die Berichterstattung rund um das Griechenland-Desaster ist nicht frei von tragischer Polemik: So bringen die TV-Berichte immer wieder griechische Bürger im O-Ton, die sich empört darüber beschweren, dass die Milliardenhilfen von EU und Währungsfonds „nicht bei den Bürgern landen“. Das sei der eigentliche Skandal ...

Ist es nicht, denn alles, was EZB, Währungsunion und IWF jetzt zur Vermeidung des Bankrotts Griechenlands tun, dient ausschließlich dazu, den Staat mit liquiden Mitteln zu versorgen und zumindest den Zinsdienst für die Staatsschuld einigermaßen zu bedienen. Das Geld kann nicht noch einmal beim Bürger landen, denn es ist längst ausgegeben. Die griechische Tragödie ist eben keine Krise des Euro, sondern die Schuldenkrise eines Landes, das wohl jahrelang die öffentlichen Finanzen nicht mehr im Griff hatte. Die Lehren aus dieser Malaise sind mannigfaltig. Eine davon lautet für die Zukunft: Wehret den Anfängen!

Mag sein, dass viele Daten, die aus Athen nach Brüssel gemeldet wurden, „geschönt“ waren. Mittlerweile muss man davon ausgehen, dass sie beinhaltet „manipuliert“ worden sind. Aber gibt es denn nicht auch andere Benchmarks, die viel früher die Alarmglocken hätten schrillen lassen müssen? Jetzt stellt sich gar Unglaubliches heraus: Die Quote der öffentlich Bediensteten an der Zahl der Erwerbstätigen lag in Griechenland jahrelang über 30 Prozent. Ihr Pensionsantrittsalter lag meist bei 50 Jahren. Etwa 25 Prozent – vielleicht auch mehr – der Wirtschaftsleistung

dürften Schwarzmarktcharakter gehabt haben, lief also an den Steuerbehörden vorbei. Jene, die Steuern gezahlt haben, haben vielfach nur einen Bruchteil ihrer tatsächlichen Einkommen angegeben. Hinzu kommt ein Verteidigungsetat, dessen Anteil am BIP weit über jenem vergleichbarer EU-Länder liegt. Griechenland ist ein Beispiel dafür, was passiert, wenn alles, was die öffentliche Hand zu verantworten hat, aus dem Ruder läuft. Die Rettung vor dem Staatsbankrott erweist sich allerdings als Kraftakt ohne Alternative. Alles andere würde noch viel schlimmere Turbulenzen auf den Finanzmärkten zur Folge haben. Doch die Forderungen nach griechischen Eigenleistungen sind berechtigt.

Aber vielleicht werden die Ereignisse dieser Tage in die europäische Wirtschaftsgeschichte als Fanal eingehen, das zeigt: Europa hat ab 2011 die Kriterien von Maastricht und den Solidaritätscharakter einer Währungsunion ernst genommen, und die griechische Krise war die Geburtsstunde einer europäischen Budgetpolitik, die sich dazu durchgerungen hat, die unumstößlichen Gesetze der Finanzgebarung nicht ständig auf dem Altar des politischen Populismus zu opfern. Gelingt dieser Paradigmenwechsel, dann war der Preis dafür zwar sehr hoch, aber nicht vergebens.

### VORSORGE



„Die Pensionslücke wird teilweise krass unterschätzt.“

Heinz Schuster warnt vor mangelndem Wissen

Seite 4

### WIRTSCHAFT



Erfreuliche Perspektiven in turbulenter Umgebung

Peter Mooslechner über die Konjunkturentwicklung

Seite 6

### EUROPA



„Unbeabsichtigte Konsequenzen der Regelwerke verhindern“

Interview mit Chris de Noose zu den Auswirkungen von Basel III

Seite 9

SPARKASSEN-NEWS

Preise für soziale Integration



Erste-Chef  
Andreas Treichl  
bei der Preisübergabe

In Prag wurden von der Erste Stiftung über 30 Ideen ausgezeichnet, die in ost- und südosteuropäischen Ländern, also in jenen Ländern, in denen die Erste Bank aktiv ist, die soziale Integration fördern. Diese Auszeichnungen werden alle zwei Jahre an engagierte NGOs und Personen vergeben. Der erste Preis ging an das kroatische „Schutz- und Beratungszentrum für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder“ des autonomen Frauenhauses Zagreb. [www.integrationaward.org](http://www.integrationaward.org)

Kooperation mit steirischem Herbst



VDir. Georg Bucher  
und die kaufmännische  
Direktorin des  
steirischer Herbstes,  
Veronica Kaup-Hasler

Die Steiermärkische Sparkasse ist langjähriger Partner des steirischen Herbstes. Nun wurde diese Kooperation verlängert. „Die Steiermärkische Sparkasse kümmert sich sowohl um das Geldleben ihrer Kunden als auch um kulturelle Projekte und schafft so Mehrwert für einen lebendigen Kunst- und Kulturdialog, der in Zeiten knapper werdender öffentlicher Budgets nicht mehr wegzudenken ist“, so Georg Bucher, Vorstandsdirektor Steiermärkische Sparkasse.

Tiroler Beethoven-Tage



Bei der Sparkasse  
Kufstein, dem  
Hauptsponsor,  
freute man sich über  
den gelungenen  
Auftritt. Vorstandsvorsitzender Reinhard Wältl, Sparkassen-Ehrenpräsident Hansjörg Zink, Sparkassenpräsident Siegfried Günther und VDir. Klaus Felderer

Bei der dritten Auflage der Tiroler Beethoven-Tage wurden an verschiedenen Orten in der Region Kufstein insgesamt neun Werke des Komponisten aufgeführt. Anspruchsvolle Konzerte mit symphonischen Klängen und grandiosen Tongemälden der renommierten K&K-Philharmoniker wechselten mit intimen, hochkarätig besetzten Kammermusikabenden. Acht Tage lang wurden große Emotionen, Momente der Begegnung und des Innehaltens geboten. Die Sparkasse Kufstein ist seit der erstmaligen Veranstaltung der Beethoven-Tage als Hauptsponsor mit dabei.

Kultursponsoring verlängert

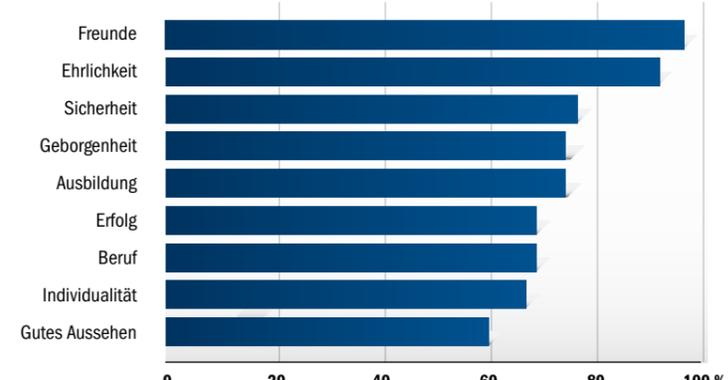


VDir. Ronald Schrei,  
Anselm Hartmann  
und Philippe Arlaud  
vom Feldkirch  
Festival sowie VDir.  
Anton Steinberger

Die Sparkasse Feldkirch bleibt auch in den nächsten zwei Jahren Hauptsponsor des Feldkirch Festivals. Damit hilft die Sparkasse mit, die materiellen Rahmenbedingungen einer lebendigen, phantasievollen Kunst- und Kulturszene in der Montfortstadt zu sichern. Jedes Jahr lädt das Feldkirch Festival Vertreter der musikalischen Kultur einer anderen Nation ein, um dem Publikum ein internationales Musikerlebnis zu bieten. 2011 stand die Musik des 20. und 21. Jahrhunderts aus Brasilien und Kuba im Mittelpunkt.

Werteskala Jugendliche

Wie wichtig sind für Dich persönlich folgende Themen, Eigenschaften und Personengruppen



Quelle: TIMESCOUT, Deutschland  
10. Welle 2010, n=900  
Angaben in %, Top-2-Boxes

Ikrath sieht das Leben in einer „präfigurativen“ Kultur. Die Wege, die uns in die Gegenwart geführt haben, seien überwiegend nicht mehr gangbar, das sei den Jugendlichen bewusst. Diese können nicht mehr auf die traditionellen Rollen und Lebensmuster zurückgreifen. „In einer solchen Kultur müssen die Alten von den Jüngeren lernen, die Jungen müssen also den Älteren den Weg ins Unbekannte weisen“, so Ikrath. Er hat damit auch dem Jugendmarketing der Sparkassen den Weg gewiesen: Nur das Lernen von der Lebensweise und den Einstellungen der Jugend in Produktangebot und Form der Kommunikation schafft Voraussetzungen für den gewünschten Erfolg der langfristigen Kundenbindung.

Basiserfordernis: 42 Prozent

Mit dem Jugendmarketing von Erste Bank und Sparkassen als operativer Aufgabenstellung setzte sich Mario Stadler, Marketingleiter der Erste Bank Oesterreich, intensiv auseinander. Er skizzierte die demografischen und die betriebswirtschaftlichen Gründe für die Bedeutung der rechtzeitigen Generierung von ausreichendem Kundennachwuchs. So zeigten die Bevölkerungszahlen in den jüngeren Altersgruppen (15 bis 29 Jahre) bis 2035 rückläufige Tendenz. Um die gegenwärtigen Marktanteile zu halten müssten 42 Prozent der Neukunden aus der Alterskategorie bis 29 Jahre stammen. Stadler betonte auch, dass die Akquisitionskosten bei Jugendlichen niedriger seien als bei Erwachsenen. Kunden, die schon seit ihrem Jugendalter über ein Konto bei der Sparkasse verfügen, seien – aus der Sicht der Bank – deutlich ertragsreicher als die später hinzugewonnene Klientel. „Wir bekommen auf diese Weise die Chance, mit jungen Menschen schon jetzt mitzulernen, was in Zukunft vielleicht allgemein von uns erwartet wird.“

Stadler kündigte für spark7 im kommenden Herbst eine Facebook-Offensive an und befasste sich auch mit den so wichtigen Marketingaktionen für von Studenten. Auch dort werde die Kampagne die hohe Affinität zu Social Media ebenso in Rechnung stellen wie andere studentischer Verhaltensschwerpunkte, wie etwa die überdurchschnittliche Nutzung des Radiosenders FM 4 und das große Interesse an Reisen bzw. Auslandsaufenthalten.

„Die User müssen unsere Page liken“

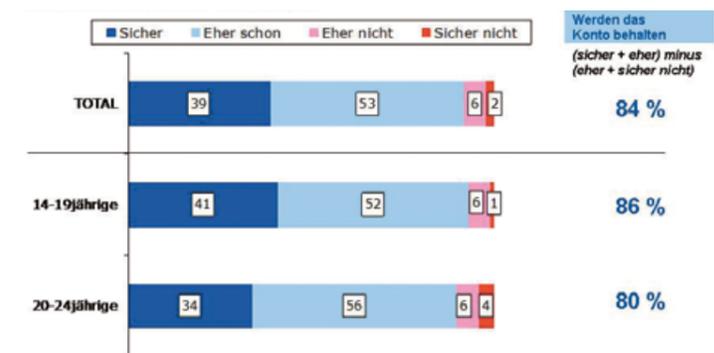
Wie das aussehen könnte, wenn wir die Sprache der Jugend in das Marketing übernehmen, illustrierte Stadler an einem sehr pointierten Beispiel zur Beschreibung der eigenen Konzeption: „um unsere social media präsenzen im web zu spreaden, posten wir youtube videos, die unsere facebook apps promoten und bewerben die vids in zielgruppenaffinen networks. Die user müssen unsere facebook page liken, um an den contests teilnehmen zu können. Jeder teilnehmer pusht die teilnahme auf seine facebook wall und verbreitet damit viral unsere botschaft an seine friends!“



Marketingleiter Mario Stadler:  
Jugenderwartung schon jetzt sondieren

Treue zur Bank

Werden Sie nach Beendigung Ihrer Ausbildung die Kontoverbindung zu Ihrer Bank beibehalten?



Quelle: Integral Online-Befragung



Jugendforscher Philipp Ikrath: „Der Materialismus kehrt bei den Jugendlichen zurück.“

Dem ist – gerade unter dem Aspekt einer präfigurativen Kultur – wenig hinzuzufügen ...

\*) Weitere Informationen zum Sparkassentag siehe die Seiten 9 und 10 dieser Ausgabe. Das Jugendthema werden wir in den folgenden Ausgaben mit weiteren Referaten aus Graz vertiefen und analysieren. Die Redaktion



„Vertreter der gesamten Gruppe“

Christian Aichinger übernimmt Präsidenschaft

Die Funktion des Österreichischen Sparkassenverbandes werde immer wichtiger, das Lobbying für die Sparkassenidee sei vor allem jetzt – nach der Finanzkrise – „verdammt wichtig“. Jedenfalls müsse man dem Verband die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Er fühle sich als Vertreter der gesamten Gruppe, betonte Christian Aichinger, Vorstandsvorsitzender der Wiener Neustädter Sparkasse, der in Graz von der Vollversammlung einstimmig zum Präsidenten gewählt worden ist.

Auf die aktuellen Fragen eingehend meinte Aichinger, die Politik habe in der Aufarbeitung der Finanzkrise übersehen, dass die regional stark verankerten Banken die Krise sehr gut gemeistert haben. Wo immer es jetzt um Regelwerke gehe werde er unermüdlich für die ausreichende Finanzierungsfähigkeit der Unternehmen seitens der Sparkassen eintreten und er werde dabei „stets die Politik eindringlich bitten, den Hausverstand einzuschalten“.

Der neu gewählte Präsident des Sparkassenverbandes betonte unter anderem die Notwendigkeit zur Nutzung sektoraler Synergien. Zum Re-Branding der Gruppe meinte Aichinger, dieses sei eine Chance, die genutzt werden müsse. Für die Biene gelte aus seiner Sicht: In hoc signo vinces!

# „Indikator der Dienstleistungsqualität“

Der „Recommender Award“ geht wieder an die Sparkassen

Bereits zum zweiten Mal in Folge durften die Sparkassen den „Recommender Award“ entgegennehmen. Der Preis, der jährlich vom Finanz-Marketing Verband Österreichs (FMVÖ) verliehen wird, misst die Weiterempfehlungsbereitschaft der Kunden von Finanzinstituten. Die Ergebnisse der Auszeichnung beruhen auf der Befragung von 6.000 Bank-, Versicherungs- und Bausparkassenkunden. Diese Marktforschungsmethode wird seit vielen Jahren von führenden Unternehmen aus aller Welt angewandt. Univ.-Prof. Fritz Scheuch, Vorstandsmitglied im FMVÖ und Mitbegründer des „Recommender Awards“, nimmt zur Bedeutung der Weiterempfehlung im modernen Marketing Stellung.



Fritz Scheuch: „In Krisenzeiten werden Kunden sensibler.“

**Sparkassenzeitung: Sie haben im Jahre 2007 den Recommender Award in Österreich mitbegründet. Was waren die Motive?**

Scheuch: Der Finanz-Marketing Verband Österreich wollte für die Branche ein nützliches Instrument entwickeln, das dem gesamten Finanzplatz Österreich zugutekommt. Das dürfte auch gelungen sein. Wer etwas dazu tut, ausgezeichnete Leistungen im Finanzmarketing entsprechend zu würdigen, trägt auch dazu bei, die Qualität in dieser äußerst sensiblen Dienstleistung zu verbessern und zu bewahren.

**Warum Recommender Award gerade in der Finanzdienstleistung?**

Ein vordergründiges Argument: Die Daten sind erhebungstechnisch relativ einfach zu erstellen. Inhaltlich wissen wir aus der Forschung, dass Weiterempfehlung und Bindungsbereitschaft ein ganz sensibles Themen darstellen. Wenn bei diesen Parametern etwas nicht funktioniert hat, dann hat es bereits vorab einige Probleme gegeben, die aufgespürt und ausgemerzt werden müssen.

**Welche Veränderungen können Sie bei der Weiterempfehlungsbereitschaft in den vergangenen Jahren feststellen?**

Es gibt zwei wesentliche Ergebnisse in unseren Längsschnittbetrachtungen: Einerseits gibt es Institute, die bei unseren Erhebungen kontinuierlich über die Jahre hinweg einen sehr hohen Wert erzielen können und immer wieder unter den ausgezeichneten Banken und Versicherungen zu finden sind. Es gibt es aber auch Finanzunternehmen, bei denen es mehr Volatilität in der Beurteilung gibt. Daraus können wir ableiten, dass die Kunden sehr wohl imstande sind, Unterschiede zu bemerken und auch zu artikulieren.

**Ist das auch eine Art Stimmungsbarometer für die Finanzbranche insgesamt?**

Eingeschränkt, ja. Grundsätzlich misst diese Untersuchung aber etwas anderes. Es ist aber mit Sicherheit so, dass Kunden in Krisenzeiten sensibler werden. Das heißt, sie werden auch empfindlicher gegenüber einem unsicheren Umfeld, etwa bei der Beratung in Krisenzeiten. Das äußert sich wiederum in einer größeren Schwankungsbreite der Ergebnisse. Aber dem Award einen direkten Zusammenhang mit den Stimmungen am Markt nachzusagen wäre nicht korrekt. Der Recommender misst die Performance in

der abgelaufenen Periode. Er ist nicht prognosefähig.

**Welche Zukunft sehen Sie für derartige Auszeichnungen?**

Preise wie der Recommender sind sehr starke Indikatoren für Dienstleistungs- und Beratungsqualität. Ich gehe daher davon aus, dass er seinen Stellenwert behalten wird. Es gibt schon heute Institute, die im internationalen Marketing bei Tochtergesellschaften überhaupt nur die Weiterempfehlung in Vollerhebungen bei den Kunden messen lassen. Das Management sieht sich die Zahlen jedes Jahr genau an, und wenn sich der Wert verschlechtert, gilt der Umkehrschluss, dass die Tochtergesellschaft schlecht performt. Die Weiterempfehlungsbereitschaft ist zu einem sehr guten Kontrollinstrument geworden.

**Wie können Banken und Versicherungen den Award nutzen?**

Die Institute nutzen die Auszeichnungen in ihrer täglichen PR-Tätigkeit. Und was die betrieblichen Konsequenzen betrifft: Es ist ein kontinuierlicher Managementprozess wie in anderen Branchen auch. Entlang der Kontaktpunkte der Kunden muss immer wieder definiert werden, worauf es ankommt, wo die potentiellen Fehlerquellen waren oder ob es begründet war, dass Kunden Qualitätsmängel als Hindernis für die Weiterempfehlung artikulieren. Das kann man mit der qualitativen Analyse einer Fokusgruppe mit Hilfe von Interviews sehr schnell herausfinden. Außerdem können das Personalmanagement und die Infrastruktur entsprechend verbessert werden. Mehr Compliance und ein konsequentes Verhalten im Kundenkontakt sind sicherlich ebenso förderlich. Last but not least braucht es konsequentes Monitoring der Service- und Beratungsprozesse.

Das Interview führte  
Andreas Feichtenberger.

## KOMMENTAR



Generalsekretär Michael Ikrath mit dem Recommender Award

## Die härteste Währung

Recommender-Sieg ist besondere Auszeichnung

Von Michael Ikrath

Die Weiterempfehlung eines Produkts oder einer Dienstleistung seitens des Konsumenten gilt heute in der Evaluation erfolgreichen Marketings als die mit Abstand härteste Währung. Was für Hotels und Restaurants seit Jahrzehnten beim Aufbau von Stammkundensockeln das wichtigste absatzpolitische Instrument ist, das breitet sich immer mehr auf alle anderen Dienstleistungsbereiche aus: Die „recommender“ durch die Kunden ist mittlerweile ein zentraler Bestandteil beim Bemühen um das Erschließen einer neuen Kundenzielgruppe und die Vermehrung von Marktanteilen. Denn die Verbraucher sind kritischer geworden, was vor allem die hochwertige, beratungsintensive Dienstleistung – etwa bei den Finanzdienstleistern – betrifft.

**Eine Auszeichnung, die besonders zählt**

Umso größer die Freude, dass die österreichische Sparkassengruppe beim Recommender Award 2011 auf dem Siegerpodest gelandet ist. Diese Auszeichnung zählt beson-

ders, gilt sie doch für ein krisengebeuteltes Jahr, in dem die Skepsis gegenüber den Banken insgesamt besonders ausgeprägt war.

Dieser erste Platz bestätigt den eingeschlagenen Weg: Mit dem Schwergewicht auf guter und vor allem seriöser Kundenbetreuung ist es den Sparkassen gelungen, sich als kompetenter, engagierter und zuverlässiger Wegbegleiter der Kunden zu bewähren. Gerade in dieser schwierigen Zeit, in der die Kreditinstitute von öffentlicher und veröffentlichter Meinung gleichsam permanent auf die Anklagebank gesetzt werden, ist das ein enormer Erfolg.

**Wohllollende „Mundpropaganda“**

Es waren eben diese vertrauensbildenden Maßnahmen, die uns die erzielten hohen Quoten bei der Weiterempfehlung beschert haben. Der Preis ist Grund zur Freude und anspruchsvoller Auftrag zugleich. Denn es gilt für die gesamte Sparkassengruppe diesen Weg konsequent fortsetzen, damit auch in Zukunft ein beachtlicher Teil des Neugeschäfts der wohllollenden „Mundpropaganda“ zu verdanken bleibt.

Michael Ikrath ist Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes

## Schöner wohnen: Das beste Haus 2011

Architekturpreis für Einfamilienhäuser in Österreich verliehen

Charlotte Harrer

Die Suche nach Individualität manifestiert sich in nahezu allen Lebensbereichen – auch in der Architektur. Die Projekte werden immer avantgardistischer, auffälliger und extravaganter. Das zeigte sich auch bei der heurigen Preisverleihung „Das beste Haus 2011“, die von der s Bausparkasse in Kooperation mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, dem Architekturzentrum Wien und unter Mitarbeit der regionalen Architekturinstitutionen in den Bundesländern veranstaltet wurde. Gesucht und ausgezeichnet wurden die besten Einfamilienhäuser Österreichs. Die von der s Bausparkasse und dem Bundes-

ministerium für Unterricht, Kunst und Kultur gestiftete Preissumme betrug pro Projekt 6.000 Euro (je 3.000 Euro für Architekt und Bauherr).

**Ungeahnte Vielfalt**

Mit dem Architekturpreis „Das beste Haus“ wird sichtbar, welche Bandbreite an architektonischen Lösungen und Ideen für Ein- bzw. Zweifamilienhäuser in Österreich bereits umgesetzt wird. Die Best-Practice-Beispiele der Preisträger zeigen hervorragende architektonische Qualität und bilden gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur Baukultur unseres Landes. Der Preis soll die Bevölkerung für das Thema Baukultur sensibilisieren und beim Bau eines Eigenheims auf die

architektonische Qualität aufmerksam machen. Er leistet auch einen Beitrag zur Vermittlung von Alltagsarchitektur sowie zeitgenössischer Architektur. Die Initiative zeigt die Vorteile des Bauens mit professioneller architektonischer Unterstützung auf.

**Gute Qualität bei Einfamilienhäusern**

Die Qualität der eingereichten Projekte hat bewiesen, dass dieser Preis nachhaltig die Initiativen rund ums Eigenheim anregt und in der bestehenden und immer weiter fortschreitenden Bebauung der Landschaft neue Lösungen für Einfamilienhäuser aufgespürt werden konnten. Dabei entstehen Gebäude, die in ihrer Ausprägung und in ihrer energetischen Ausrichtung positiven Einfluss auf Natur und Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld ausüben, sich aber auch in die Umgebung einfügen oder diese markant akzentuieren. Hier zeigt sich exemplarisch, was Architektur zu leisten imstande ist. Un-



Das Siegerprojekt aus Vorarlberg: Das Haus Strauss wurde vom Architekten Bernardo Bader geplant. Foto: Adolf Bereuter

sere Umwelt braucht mehr denn je die ordnende Hand des Architekten. Gerade da, wo individuelle Wünsche auf die Restriktionen der Raumplanung stoßen. Die Generation der jungen Architekten und Hausbesitzer verwirklicht selbstbewusst ihre Vorstellung von individuellem Wohnen.

NACHRUF

In memoriam Herbert Ikrath

Mit dem ehemaligen Generaldirektor der Allgemeinen Sparkasse und Ehrenmitglied des Sparkassenverbandes, Herbert Ikrath, ist am 28. Mai dieses Jahres eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Sparkassenfamilie von uns gegangen. Herbert Ikrath, der Vater des Generalsekretärs des Sparkassenverbandes, studierte in Wien Rechtswissenschaften und trat 1954 in die Sparkasse in Linz ein, wo er von 1983 bis 1988 als Generaldirektor an der Spitze des Instituts und des Landesverbandes der Sparkassen Oberösterreichs stand. Er war Mitglied einiger Kammerorganisationen, des Ausschusses und des Vorstandes sowie einiger Fachausschüsse des damaligen Hauptverbandes der Sparkassen und wurde bei seiner Pensionierung zum Ehrenmitglied des Verbandes ernannt.



Herbert Ikrath war auch ein Vordenker der Sparkassenidee. Da er zahlreiche Beiträge in den Sparkassen-Publikationen verfasste, kann man heute noch nachlesen, dass er bereits am Beginn der 60er Jahre beispielsweise die Bedeutung des Privatkredits und des Leasings für das Sparkassengeschäft erkannte und wertvolle Impulse für die Entwicklung des Ausleihungsgeschäftes gab. Er war aber nicht nur Sparkassenmann, sondern er engagierte sich auch für die Kulturförderung vor allem in Oberösterreich. Auch für diese Verdienste erhielt er hohe Auszeichnungen des Bundes und des Landes, u. a. das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

SPARKASSEN-NEWS

Stiftungsgala der Kärntner Sparkasse



Vorstandsvorsitzender Alois Hochegger, Privatstiftung-Vorsitzender Karl Nedwed, Bgm. Vinzenz Rauscher, Univ.-Prof. Dietrich Kropfberger, Präsident Jochen Ziegenfuß und Reinhard Sladko

130 Projekte und weitere 70 Schulkoperationen mit einer Summe von 1,5 Millionen Euro wurden im Vorjahr aus Mitteln der Privatstiftung Kärntner Sparkasse, zwei weiteren Stiftungen sowie fünf regionalen Förderungsgesellschaften unterstützt. Damit zählt die Kärntner Sparkasse zu den größten Förderern von Kultur, Wissenschaft, Sport und Sozialem im Bundesland. Den Rahmen der diesjährigen Stiftungsgala nutzte die Privatstiftung Kärntner Sparkasse für die Vorstellung der vielen Schulkoperationen.

Unter dem Motto „Bildung ist Zukunft und unsere Zukunft ist Bildung“ wurden ausgewählte Projekte vorgestellt. Rund 40 Prozent der Fördermittel des Jahres 2010 aus der Privatstiftung Kärntner Sparkasse flossen in Aus- und Weiterbildung, in Lehre und Forschung. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Zukunft unseres Landes für die künftigen Generationen geleistet.

Auszeichnung „Beste Bank in Österreich“

Das britische Finanzmagazin „Euromoney“ hat Erste Bank und Sparkassen als „Beste Bank in Österreich“ ausgezeichnet. „Der Erfolg des Sparkassenmodells dürfte sich auch in London herumgesprochen haben. Das freut uns sehr“, sagt Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank Oesterreich. Erst im Dezember erhielt die Sparkassengruppe vom internationalen Finanzmagazin „The Banker“ den Titel „Bank des Jahres 2010“. Darüber hinaus wurde die Slovenská sporiteľňa, die slowakische Tochter der Erste Group, zur besten Bank gewählt.

Die Auszeichnung „Beste Bank“ wird von einer Experten-Jury im Rahmen der sogenannten Awards of Excellence vergeben. Euromoney ist eines der weltweit führenden Magazine für Bank-, Finanz- und Kapitalmarktthemen. Die Euromoney Awards for Excellence werden seit 20 Jahren für jeden wichtigen Finanzmarkt und Produktbereich an die erfolgreichsten Finanzunternehmen sowie an die führenden Banken in weit über 100 Ländern vergeben. Mehr Informationen zu Euromoney finden sich unter [www.euromoney.com](http://www.euromoney.com).

# „Die Pensionslücke“ – das unbekannte Wesen

Studie zeigt große Wissensdefizite auf

*Immerhin: Bei den Themen „sparen und anlegen“ glauben sich die Österreicher ganz gut informiert, doch zu den Themenkreisen „Versicherungen“ und „finanzielle Vorsorge“ sehen die Befragten Nachholbedarf. Männer sind im Durchschnitt deutlich mehr von ihrem Finanzwissen überzeugt als Frauen.*

„Drei Viertel aller Österreicher finden, dass Banken zuständig sind für das Thema Finanzbildung und Finanzinformation. Ein klarer Auftrag an uns, hier noch ambitionierter und in der Produktinformation verständlicher zu werden“, so Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich. Nur 29 Prozent betrachten Schulen, Universitäten und Medien als verantwortliche Wissensvermittler.

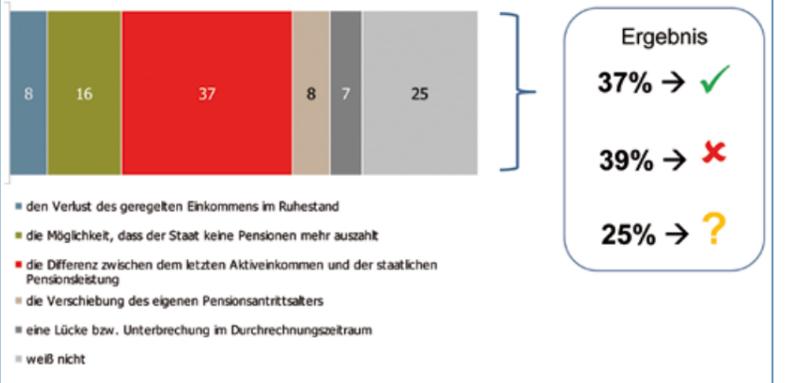


Ein Wissensdefizit mit Spätfolgen

In der politischen Diskussion und in den Medien ist die Pensionslücke bzw. das Pensionsloch seit Jahren ein viel diskutiertes Thema. Doch greift die Thematik? Nur 37 Prozent können den Begriff richtig zuordnen und wählen die Antwort „Differenz zwischen dem letzten Activeinkommen und der staatlichen Pensionsleistung“. Unglaubliche 64 Prozent der Österreicher konnten den Begriff nicht richtig zuordnen. So interpretierten etwa 16 Prozent den Begriff „Pensionslücke“ dahingehend, dass der Staat grundsätzlich keine Pension auszahlt, 8 Prozent waren der Meinung, es handle sich dabei um

Das Pensionsloch für die Österreicher 2011 immer noch eine „große Unbekannte“...

In den Medien war zuletzt immer öfter vom sogenannten „Pensionsloch bzw. der Pensionslücke“ die Rede. Dabei es sich um...



Peter Bosek: „Kein Thema für Ideologien.“

worten auf die Frage nach der Höhe der zu erwartenden Pensionslücke signalisieren, dass die Erwartungen der Befragten hier tendenziell zu optimistisch sind.

Garantie geht über alles

50 Prozent der Befragten wollen bei der Veranlagung wenig Risiko eingehen. Jeder zweite Antwortende will nur „geringes bzw. kein Risiko in der Veranlagung“. 46 Prozent wollen gar eine „Kapitalgarantie“. Dazu Vorstandsdirektor Schuster: „Interessant ist, dass 51 Prozent der Männer Wert auf ‚Kapitalgarantie‘ legen, aber nur 40 Prozent der Frauen. Mit nur 24 Prozent Zustimmung sind hohe Rendite bzw. hohe Zinsen bei der Altersvorsorge derzeit ein Minderheitenthema“.



Heinz Schuster: „Die Pensionslücke wird teilweise krass unterschätzt.“

Als bestes Produkt für die Altersvorsorge wird von 38 Prozent der Befragten die „Pensionsvorsorge mit staatlicher Förderung“ betrachtet. Knapp gefolgt von der privaten Krankenversicherung (37 Prozent). Auf nahezu demselben Niveau rangieren bei den Befragten die „private Zusatzpensionsversicherung“ mit 34 Prozent Zustimmung und die „Lebensversicherung“ mit 33 Prozent. Sehr skeptisch hingegen stehen die Österreicher der Firmenpension gegenüber. „Nur 11 Prozent halten diese für das beste Produkt für die Altersvorsorge“, so Schuster zu diesem überraschenden Ergebnis. Hier dürfte die aktuelle Diskussion schon ihre Spuren hinterlassen.

Nur 63 Euro fließen durchschnittlich in die Altersvorsorge. „Es zeigt sich heuer einmal mehr ein großer Unterschied zwischen ‚Können und Wollen‘. 2010 meinten die Österreicher, sie wollten durchschnittlich 111 Euro im Monat für die eigene Vorsorge zur Seite legen. Tatsächlich sind es aber aktuell nur 63 Euro“, unterstreicht Bosek. Er plädiert auch dafür, die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge im Beitrag des Bundes unverändert zu lassen. „Wir brauchen auch hier Kontinuität und Berechenbarkeit. Jedenfalls sollte die einschlägige Diskussion über die zweite und die dritte Säule der Pensionsvorsorge konsequent entideologisiert werden. Es geht hier einzig und allein um die Betroffenen.“ -i/h-

## „Wer wird im Jahr 2025 investieren?“

Andreas Treichl für einen strukturpolitischen Dialog mit der Politik

„Was macht uns so sicher, dass auch im Jahre 2025 Firmen, die in die CEE-Märkte investieren, ihr regionales Headquarter weiterhin in Österreich aufschlagen werden?“ Diese gar nicht so akademische Frage stellte Andreas Treichl, Chef der Erste Group, in seinem Referat auf dem Sparkassentag 2011 in Graz. Andere Länder in diesem Raum könnten Österreich den Rang ablaufen.

Deshalb regte Treichl an, mit der Politik einen strukturpolitischen Dialog zu beginnen: Dabei sollte es um strategische Überlegungen für eine Wirtschaftspolitik gehen, die den Investitionsstandort und den Finanzplatz Österreich in seiner bisherigen Attraktivität sichert, ja besser noch, die ihn gezielt in Richtung Zukunftssicherheit und Berechenbarkeit ausbaut.

Die Welt werde sich weiterhin dramatisch verändern. So werden die Länder im Osten und Südosten Europas ihre Infrastrukturen sehr rasch auf westliche Standards bringen, was dort zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensqualität und der unternehmerischen Rahmenbedingungen führen werde. Dies wiederum werde für international agierende Unternehmen die Versuchung größer machen, auch ihre Leitfunktionen in diese Länder zu verlegen.

### Immer wieder Strukturen erneuern

„Österreichs gute Position im internationalen Wettbewerb resultiert derzeit aus den Assets politische Stabilität, geografische und mentale Nähe



Andreas Treichl: „Jetzt Strategien für den Wirtschaftsstandort 2025 entwickeln.“

zu den CEE-Regionen und beachtliche industrielle Leistungsfähigkeit im Export, die uns die rasche Rückkehr auf den Wachstumspfad ermöglicht hat. Dazu gesellt sich eine fleißige Mitarbeiterschaft, die durchaus leistungsorientiert agiert,“ betonte Treichl.

Doch jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, zusammen mit den politischen Entscheidungsträgern eigens – und bewusst abseits der Tagespolitik – darüber nachzudenken, wie etwa das Triple-A in der internationalen Bonitätsbeurteilung, der erzielte Wohlstand und die Positionen auf den Weltmärkten in den kommenden Jahrzehnten gesichert werden können. „Österreich braucht immer wieder strukturelle Erneuerungen, wir können nicht davon ausgehen, dass sich das erreichte Niveau gleichsam von selbst linear fortentwickelt,“ unterstrich Treichl.

Die vergangenen Monate hätten in Österreich diesbezüglich viel Unsicherheit und Labilität gebracht. So laufe etwa der Finanzplatz Österreich Gefahr, seine Attraktivität zu verlieren, weil man etwa mit der Kursgewinnbesteuerung „einen großen Fehler gemacht hat.“

Gerade die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Sparkassen böte den Ansatzpunkt, dass ein solcher Dialog „von uns initiiert wird“, meinte Treichl. Es würde sich für das Land lohnen, über die anstehenden Strukturprobleme und die künftige Rolle Österreichs innerhalb der europäischen Wirtschaft zu reden. „Egal, was mit dem Euro passieren wird, wir werden relativ besser dastehen“, meinte Treichl. „Doch was tun wir in den nächsten zehn Jahren, damit wir auch weiterhin immer relativ besser dastehen?“ - iih -

## „Der Interessenausgleich ist gelungen“

Präsident Alois Hohegger verabschiedete sich

Die Stärkung des Sparkassenverbandes insgesamt und seiner Verankerung in Brüssel, der Ausgleich der Interessen zwischen den Sparkassen, die klare Formulierung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Positionen sowie mehr Aufmerksamkeit für die so verdienstvolle Arbeit der Stiftungen im wohlverstandenen Subsidiaritätsprinzip – das waren die wichtigsten Positionen auf der Aktivseite jener Bilanz, die der scheidende Präsident des Sparkassenverbandes, Alois Hohegger, beim Sparkassentag in Graz ziehen konnte.

Es seien „sehr spannende Jahre im Dienste der österreichischen Sparkassenidee gewesen“. Er dankte den Verbandsmitarbeitern – mit dem Generalsekretär an der Spitze – für ihre effiziente Arbeit, erinnerte sich in seiner launigen Verabschiedung an die wöchentlichen Telefonate mit seinem nunmehrigen Nachfolger in der Präsidentschaft, die ihm stets zusätzliche Informationen und auch Gelassenheit vermittelt hätten, und appellierte zum Schluss an die Teilnehmer: „Die gesellschaftliche Bedeutung der Sparkassenstiftungen wird in Zukunft weiter steigen, dem müssen wir gemeinsam Rechnung tragen.“

Alois Hohegger wurde am 2. Juni 2006 als Nachfolger Josef Kasslers



Alois Hohegger: „Die gesellschaftliche Bedeutung der Sparkassenstiftungen wird in Zukunft weiter steigen, dem müssen wir gemeinsam Rechnung tragen.“

zum Präsidenten des Österreichischen Sparkassenverbandes gewählt. Die Zeit seiner Präsidentschaft war unter anderem durch zwei Entwicklungen geprägt. Zum einen konnte die Finanzkrise erfolgreich gemeistert werden, und zum anderen gelang es der Sparkassengruppe, ihre Gemeinwohlorientierung, eindrucksvoll zu unterstreichen.

### Pluralistisches Bankenmodell

Hohegger gelang es, die Funktionsfähigkeit des Geschäftsmodells der Sparkassengruppe zu bestätigen. Er war extrem engagiert in dem Bemühen, der Politik Notwendigkeit und Bedeutung der dezentralen Banksektoren für die regionale Wirtschaftsentwicklung zu beweisen.

Im Bereich der CSR war Hohegger entscheidend daran beteiligt, dass die österreichweite Zusammenarbeit mit dem Dachverband Hospiz Österreich begonnen und erfolgreich umgesetzt werden konnte. Im Sparkassenverband wurde kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten eine Stiftungsplattform errichtet, die ein gemeinsames Handeln der Sparkassenstiftungen ermöglicht.

Alois Hohegger wurde als erster heimischer Sparkassenmanager im September 2009 zum Vizepräsidenten der Europäischen Sparkassenvereinigung gewählt. Er nutzte die Funktion dazu, ein pluralistisches Bankenmodell in den EU-Gremien wirkungsvoll zu erläutern. - iih -

## EINBLICK



Milan Frühbauer

## Vergessene Million

Mehr Aktionäre als angenommen

Hierzulande sind sie für viele Politiker das Synonym für Spekulation, Gier und Casino-Kapitalismus. Sie sollen daher folgerichtig zusätzlich zur Kapitalertragssteuer auch noch Kursgewinnsteuer zahlen und – geht es nach dem ÖGB-Präsidenten – in Zukunft auch noch eine wiedereingeführte Börseumsatzsteuer. Alles im Zeichen der Gerechtigkeit, versteht sich! Gemeint sind die Aktienbesitzer, jene seltsam-seltene Spezies von Anlegern, die seit der Finanzkrise unter politischem Generalverdacht steht. Aber wozu die Aufregung? Es geht ja doch nur um eine krasse Minderheit, glaubt man.

Doch jetzt ist die Katze aus dem Sack: Eine vom Aktienforum bei IMAS in Auftrag gegebene Untersuchung über Besitzer von Aktien und Aktienfondsanteilen kommt zu einem überraschenden Ergebnis, das die Politik aufhorchen lassen sollte. Knapp 970.000 Österreicher besitzen nämlich Aktien oder sind in Aktienfonds investiert. Das sind rund 13 Prozent der heimischen Bevölkerung über 16.

### Respektable Zielgruppe

Eine direkte Unternehmensbeteiligung über Aktien halten immerhin 345.000 Österreicher, davon sind rund 140.000 Österreicher Aktionäre jenes Unternehmens, in dem sie beruflich tätig sind.

Rund eine Million Bürger und auch Wähler sind von dem hierzulande derzeit so beliebten Aktionärskanibalismus unmittelbar betroffen. Eine Zahl, die üblicherweise die politischen Zielgruppen-Strategen schon zu einschlägiger Vorsicht, wenn nicht gar zur Klientel-Politik mahnt.

Doch instinktiv haben die Akteure offensichtlich das erfasst, was in dieser Untersuchung ebenfalls zutage tritt. Denn, so die Interpretation des Aktienforums, „75 Prozent der Bevölkerung haben derzeit

keinerlei Interesse an Aktien und an der Finanzberichterstattung“. Die IMAS-Umfrage zeigt insgesamt ein erschreckendes Desinteresse, sich mit finanzwirtschaftlichen Themen zu befassen. Möglicherweise sind das Verdrängungsmechanismen nach der Finanzkrise, möglicherweise ist das aber auch das Ergebnis der als sehr unterentwickelt geltenden Financial Literacy in diesem Lande.

Nur 9 Prozent jener Antworten – die Befragung umfasste respektable und repräsentative 4000 Interviewpartner – die derzeit keine Aktien besitzen, bekundeten Interesse, solche zu erwerben.

### Die Aktie bleibt unverzichtbar

Wir stehen also vor einem veritablen Spannungsverhältnis: Rund eine Million der Österreicher ist von alledem, was da jetzt zum Schaden der Kapitalmärkte beschlossen oder ausgeheckt worden ist, unmittelbar betroffen. Aber nur wenige kümmert es.

Das Aktienforum fordert daher mit Recht eine stärkere Förderung der privaten Altersvorsorge über Aktien und der ökonomischen Bildung in Österreich insgesamt.

Und für die Kreditwirtschaft gilt wohl: Nach den Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten stehen wir vor einer Situation, die man – je nach emotionaler Disposition – entweder als „Scherbenhaufen“ oder als „Ausgangslage mit extrem viel Entwicklungspotential“ bezeichnen kann.

Jedenfalls hat die fast vergessene Million das Recht, dass man sich ihrer fiskal- und gesellschaftspolitisch erinnert. Nicht auszudenken, wenn die bestehenden Aktionäre und Aktienfondsbesitzer auch noch in die Lethargie abgleiten. Financial Literacy ist als Herausforderung auch für die Sparkassen aktueller, als man zu befürchten wagt.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

# „Erfreuliche Perspektiven in turbulenter Umgebung“

Investitionen kehren als Konjunkturtrieb zurück

Peter Mooslechner\*

Angesichts einer ganzen Reihe von internationalen Turbulenzen – von Japan über Nordafrika bis Griechenland – könnte es fast übersehen werden, dass die österreichische Wirtschaft schneller als erwartet aus der Krise herausgefunden hat. Der Aufholprozess kann sich sehen lassen.

Mit 3,2 Prozent realem Wachstum des BIP im Jahr 2011 sowie 2,3 und 2,4 Prozent in den beiden folgenden Jahren kehrt die österreichische Volkswirtschaft – laut jüngster OeNB-Prognose – auf einen Wachstumspfad zurück, dessen Dynamik ungefähr jener vor der Krise entspricht. Österreich zählt damit zum (kleinen) Kreis derjenigen Länder in Europa, die früh aus der Krise herausgefunden haben: Im ersten Quartal 2011 konnte das Vorkrisenniveau des realen BIP wieder erreicht werden, bei der Beschäftigung war das bereits im vierten Quartal des Jahres 2010 der Fall.

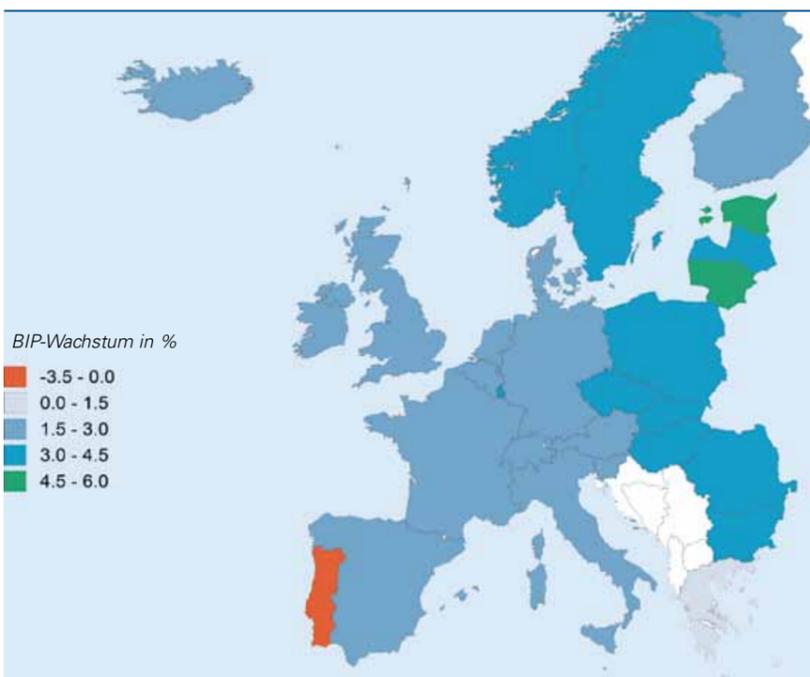
Im Vergleich zur Einschätzung von vor sechs Monaten stellen sich die kurzfristigen Konjunkturaussichten vor allem aufgrund der raschen Erholung des Welthandels deutlich günstiger dar: Der Aufschwung wird also primär von den Exporten getragen. Die österreichische Wirtschaft profitierte dabei von der starken Konjunktur in Deutschland, aber auch von der Rückkehr der für die Exportwirtschaft wichtigen ost- und südosteuropäischen Staaten zu einer über dem Durchschnitt Westeuropas liegenden Wachstumsdynamik.

## Dynamische Exportperformance ...

In vieler Hinsicht ist der Weg aus der Krise ein Spiegelbild der Faktoren, die den Weg in die Krise gekennzeichnet haben: Die markante Erholung des Exports treibt die Industrieproduktion, und mit zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten springt der Impuls auf die Ausrüstungsinvestitionen über. Ab 2011 führt das zu einem zunehmend von der Inlandsnachfrage getragenen Wachstum. Trotzdem bleiben die Kosten der Krise massiv: Der rund zweijährige Wachstumsverlust kann auch mittelfristig – trotz vergleichsweise hoher Wachstumsraten – nicht aufgeholt werden.

Der wichtigste Impuls für die Dynamik der heimischen Wirtschaft geht von der Erholung der Weltwirtschaft aus. Die österreichischen Exporte werden im Gesamtjahr 2011 mit 10,4 Prozent im Vergleich zu 2010 beinahe unverändert stark wachsen. In den Jahren 2012 und 2013 wird die erwartete Verlangsamung der internationalen Konjunktur jedoch zur Abschwächung der heimischen Exportdynamik führen.

## Wachstumsprognosen in Europa



Das Wachstum in fast ganz Europa findet 2012/2013 aus der Krise.

Mit einer Wachstumsrate von rund 7 Prozent werden die Exporte aber immer noch überdurchschnittlich stark zulegen. Dabei können bei anhaltender Wettbewerbsfähigkeit die Marktanteile auf Österreichs Exportmärkten weitgehend konstant gehalten werden, und die österreichische Leistungsbilanz weist substantielle Überschüsse aus.

## Investitionen als Träger der Inlandsnachfrage

Die Wirtschaftskrise war durch negative Vertrauenseffekte, den Einbruch der Exportnachfrage und daraus resultierende Überkapazitäten der Industrie gekennzeichnet. Dies bewirkte einen markanten Einbruch der Investitionstätigkeit. Getrieben von der dynamischen Exportnachfrage, erholten sich die Bruttoanlageinvestitionen ab dem zweiten Quartal 2010 wieder. Dies ging vor allem auf das Wiedererstarken der Ausrüstungsinvestitionen zurück. Sowohl die Entwicklung der Auftragseingänge als auch die im historischen Vergleich wieder überdurchschnittlich hohe Kapazitätsauslastung von derzeit rund 86 Prozent (langjähriger Durchschnitt seit 1990 = 85,4 Prozent) in der Industrie lassen weitere Impulse für die Investitionstätigkeit erwarten. Zunehmend wird es auch wieder kapazitätserweiternde Investitionen geben.

Bisher fehlen allerdings eindeutige Aufschwungssignale im Hoch- und Tiefbau. Diese Wirtschaftszweige schrumpften auch noch im vierten Quartal 2010. Ebenso ging die Produktionstätigkeit im Baubereich insgesamt im ersten Quartal 2011 noch leicht zurück. Im Tiefbau zeichnet sich trotz vorgezogener Infrastrukturprojekte gegenwärtig noch keine Trendumkehr ab.

Auch die Entwicklung im Hochbau wird verhalten bleiben, obwohl in den Jahren 2009 und 2010 etwas mehr Wohnbaubewilligungen als noch vor Ausbruch der Krise erteilt wurden. Insgesamt wird für 2011 daher mit einem weiteren Rückgang bei der Bauinvestitionstätigkeit gerechnet.



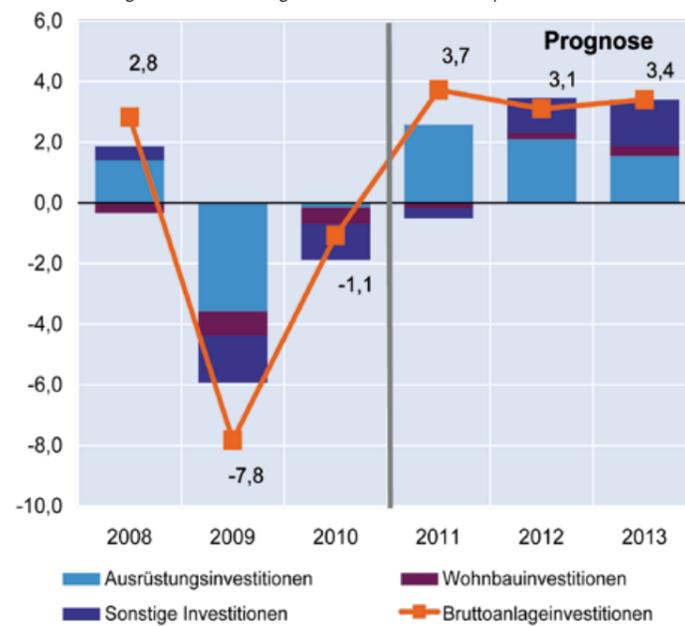
Peter Mooslechner: „So erfreulich sich das Konjunkturbild derzeit auch darstellt, die vielfach schmerzhaften Lehren und Konsequenzen aus der Krise sind erst zu ziehen.“

Erst in den folgenden Jahren ist, ausgehend von steigenden Immobilienpreisen und dem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung mit einer Erholung sowohl der Hoch- als auch der Tiefbauinvestitionen zu rechnen. Am deutlichsten wird das unterschiedliche Konjunkturmuster der Investitionen von der Tatsache illustriert, dass die Wohnbauinvestitionen insgesamt vier Jahre in Folge abnehmen.

Bei den öffentlichen Investitionen werden die Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand

## Gespaltene Investitionskonjunktur

Veränderungen der Bruttoanlageinvestitionen in Prozentpunkten



2011 einen Rückgang (-0,5 Prozent) und in Folge eine Stagnation bewirken, während sie 2010 noch um 1,7 Prozent zugenommen haben.

## Arbeitsmarkt profitiert vom Aufschwung

Generell erfreulich war die im historischen Vergleich relativ stabile Entwicklung der Beschäftigung im Krisenverlauf, welche die weitere Verschärfung der Krise verhindert und den privaten Konsum gestützt hat. Die weitere Verbesserung der Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt war dann bereits 2010 erwartet deutlich. Ende letzten Jahres konnte sogar ein absoluter Beschäftigungshöchststand erzielt werden. Auch für 2011 wird ein deutlicher Beschäftigungszuwachs um 1,7 Prozent erwartet, für die beiden Folgejahre ist mit immer noch überdurchschnittlichen Zuwachsraten von jeweils 1,2 Prozent zu rechnen.

Die Arbeitslosenquote (Eurostat-Definition) ist im Jahr 2010 aufgrund des deutlichen Beschäftigungsanstiegs auf 4,4 Prozent gesunken. Österreich gehört somit zu den Ländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit im Euroraum. Aufgrund des steigenden Arbeitsangebots – auch bedingt durch die mit Mai erfolgte Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber Osteuropa – ist für 2011 und 2012 nur von einem leichten weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote bis auf 4,1 Prozent auszugehen.

## Herausforderungen und Risiken

Insgesamt besteht trotz des positiven Konjunkturausblicks derzeit wohl kaum die Gefahr, die die internationalen Rahmenbedingungen prägenden Risiken zu unterschätzen. Auch wenn sich die Erholung der Welt-

wirtschaft fortsetzen wird, so zeigt die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum doch ein sehr heterogenes Bild.

Länder mit einem international wettbewerbsfähigen Exportsektor waren zunächst von der Krise stärker betroffen, erholten sich aber auch überdurchschnittlich schnell. Im Gegensatz dazu leiden andere Länder an zu geringerer Wettbewerbsfähigkeit sowie strukturellen Budgetproblemen und finden deshalb nur langsam aus der Krise heraus. Damit bleiben vor allem die außenwirtschaftlichen Risiken für die Wachstumsaussichten Österreichs hoch. So erfreulich sich das Konjunkturbild derzeit auch darstellt, die vielfach schmerzhaften Lehren und Konsequenzen aus der Krise sind erst zu ziehen.

Angesichts anhaltender internationaler Turbulenzen sollte das so rasch wie möglich passieren. Für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie Österreich gehört dazu sicherlich die Einsicht, dass auch bei wieder höheren Wachstumsraten nicht automatisch die Rückkehr zu einer mittelfristig tragfähigen Fiskalentwicklung erfolgt und der krisenbedingte Anstieg der Verschuldungsquote nicht automatisch wieder abgebaut wird. Zu untersuchen werden auch die Ursachen für den international vergleichsweise starken Inflationsimpuls sein, den die Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln in Österreich ausgelöst haben. Die Inflationsrate wird im Durchschnitt des Jahres 2011 auf 3,2 Prozent beschleunigen und erst 2013 wieder auf knapp unter 2 Prozent sinken.

\*) Peter Mooslechner ist Direktor der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Oesterreichischen Nationalbank.

# KMU sind auffallend optimistisch

Fast drei Viertel wollen modernisieren – interessante IMAS-Umfrage

Österreichs Klein- und Mittelbetriebe blicken derzeit mit großem Optimismus in die Zukunft. Das bestätigt eine aktuelle IMAS-Umfrage im Auftrag der Erste Bank.

## Mehr Aufmerksamkeit für die Eigenmittelausstattung

Die Hälfte der insgesamt 900 befragten Unternehmer aus dem Bereich der KMU glaubt, dass ihr Unternehmen in den nächsten drei bis fünf Jahren deutlich gestärkt und gewachsen sein wird. Erklärtes Ziel der Unternehmensleitungen ist es, den eigenen Betrieb zu modernisieren (62 Prozent), Kooperationen mit anderen Firmen einzugehen (60 Prozent) und das Eigenkapital aufzustocken (39 Prozent). Auffallend positiv sind die artikulierten Zukunftsaussichten: Fast drei Viertel rechnen mit einer Umsatzsteigerung, zwei Drittel glauben, dass die Zahl ihrer Kunden steigen wird, und fast die Hälfte erwartet eine Verbesserung der Eigenkapitalsituation. Zu schaffen machen den meisten die Personalkosten. Hier erwarten vier Fünftel der Antwortenden in den kommenden Jahren Erhöhungen.

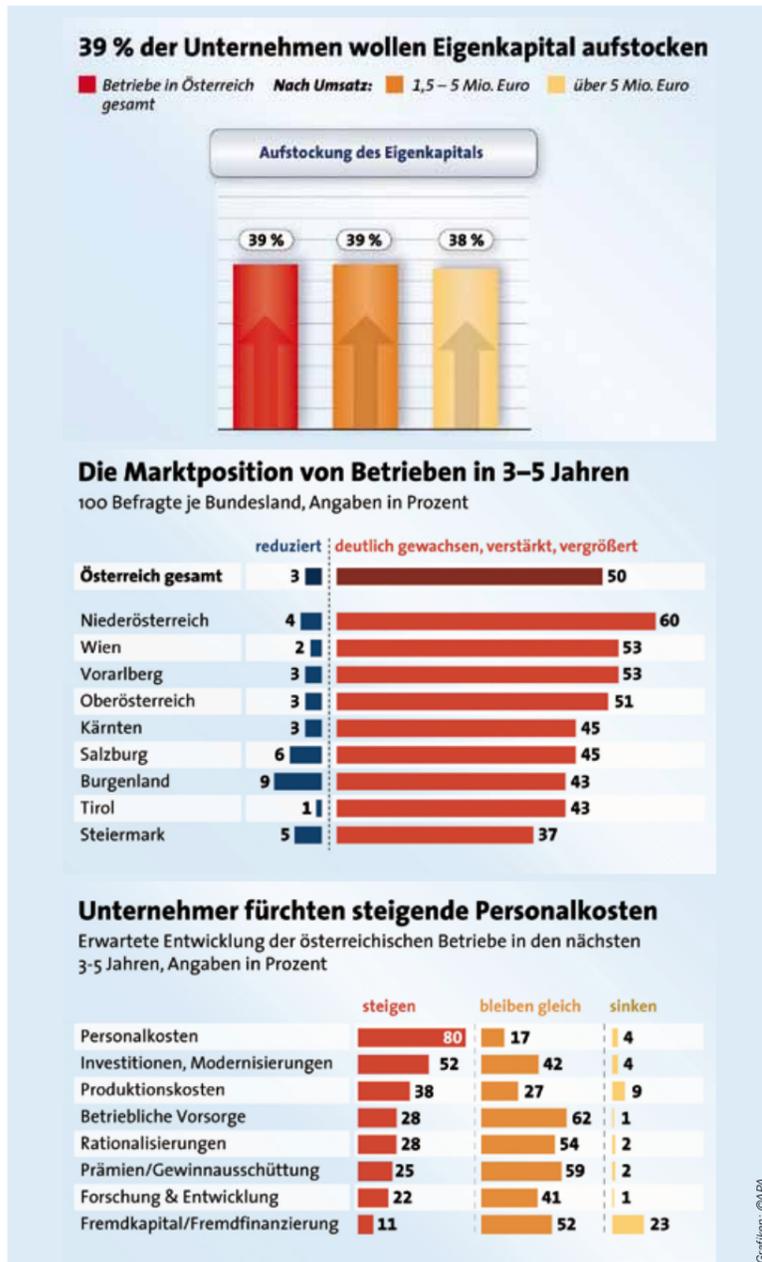
Zusätzlichen Kreditbedarf orten mehr als jeder dritte Unternehmer, wobei 40 Prozent der Befragten dabei an eine Investitionssumme von über einer halben Million Euro denken. Abseits von Krediten kann sich fast die Hälfte eine Eigenkapitalerhöhung vorstellen (46 Prozent), einer von zehn will den zusätzlichen Kapitalbedarf mittels Factoring abdecken, und 4 Prozent denken an eine Mezzaninfinanzierung.

## Besser als der Wettbewerb

„Es ist erstaunlich und gleichzeitig erfreulich, dass österreichische Unternehmer so positiv in die Zukunft blicken“, freut sich Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank, über die Umfrageergebnisse. Es werde in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer wieder das Wort „Kreditklemme“ ins Spiel gebracht oder auch über wirtschaftliche Schwierigkeiten von Klein- und Mittelbetrieben gesprochen. „Viele Unternehmer zeichnen von sich selbst jedoch ein ganz anderes Bild.“ So sieht die Hälfte der Befragten ihren Betrieb in den nächsten drei bis fünf Jahren: deutlich gewachsen, gestärkt und vergrößert. Immerhin 46 Prozent sehen ihn zumindest gleich wie heute, nur 3 Prozent glauben an Reduktionen bzw. Verkleinerungen. Die Top-3-Bundesländer unter den unternehmerischen Optimisten sind Niederösterreich mit 60 Prozent sowie Wien und Vorarlberg mit je 53 Prozent. Schlusslicht sind die Steirer, wo nur rund ein Drittel an eine gestärkte Marktposition in Zukunft glaubt. Auch im Wettbewerbsumfeld sind Österreichs KMU positiv gestimmt. Gefragt nach ihrer wirtschaftlichen Gesamtsituation, meint die Hälfte, besser aufgestellt zu sein als ihre Branchenkollegen.

## Kreditbedarf weiter mäßig

Für die erfolgreiche Entwicklung ihres Unternehmens wollen vier von



zehn Unternehmern ihre Eigenkapitalbasis in den nächsten Jahren deutlich stärken. „Das ist eine sehr gute Nachricht, denn im europäischen Vergleich sind österreichische Unternehmen Schlusslicht was die Eigenkapitalausstattung angeht“, unterstreicht Bosek. Zum Vergleich: Während polnische KMU eine Eigenkapitalquote von rund 50 Prozent haben, ist es in Österreich rund die Hälfte.

Diese Maßnahme würde auch deutlich zur Krisenresistenz österreichischer KMU beitragen. 60 Prozent setzen wie bereits erwähnt in Zukunft mehr auf Kooperationen mit anderen Firmen, und am wichtigsten ist die Modernisierung des Betriebs. Interessanter Aspekt dabei ist, dass doppelt so viele größere Unternehmen (24 Prozent) neue Standorte im Ausland gründen wollen als kleinere (11 Prozent). Zusätzlich zu den laufenden Investitionen (z. B. bestehende Betriebsmittelkredite) sehen rund 30 Prozent der Unternehmer steigenden Kreditbedarf in der Zukunft. Davon rechnet die Hälfte mit einer Kreditsumme von rund einer halben Million Euro, 40 Prozent orten den Bedarf darüber, und 10 Prozent haben sich über die Höhe noch keine Gedanken gemacht.

Wofür die Neukredite eingesetzt werden sollen? Darauf antworten die Geschäftsführer und Unternehmensbosse des Landes mit überwiegender Mehrheit (73 Prozent), dass sie die Mittel in die Modernisierung des Betriebs investieren wollen.

Abseits vom Bankkredit, würde sich jeder zweite Unternehmer über eine Eigenkapitalerhöhung frisches Kapital holen, an zweiter Stelle steht Factoring (11 Prozent), und eine Mezzaninfinanzierung kommt für 4 Prozent in Frage. „Mit der Übernahme der Factoring Bank Intermarket im Frühjahr 2011 haben wir die Finanzierungspalette für unsere Firmenkunden komplettiert“, stellt Bosek fest.

Erste Bank und Sparkassen haben 2010 insgesamt 7,8 Mrd. Euro an Neukrediten in Österreich vergeben. Die Sparkassengruppe möchte deutliche Akzente setzen und die Investitionen in die heimische Wirtschaft weiter stark ankurbeln. „Wir sind bereit zur Kreditvergabe und setzen uns massiv dafür ein, dass die neuen Rahmenbedingungen – wie etwa Basel III – nicht zur Benachteiligung der Kreditvergabe an Unternehmen führen“, so Bosek. - red -

## AUSBLICK



Christine Domforth

## (K)ein Aprilscherz

### Kursgewinnsteuer bestraft Anleger

Abgeschmettert haben die Verfassungshüter eine Klage, die 14 heimische Banken gegen die neue Kursgewinnsteuer eingebracht hatten. Lediglich der Termin für die Einführung wurde um ein halbes Jahr verschoben, um den IT-Experten der Banken mehr Zeit zu geben. Jetzt soll die Steuer also am 1.4.2012 kommen, und das ist leider kein Aprilscherz.

An der Unsinnigkeit der neuen Steuer ändert der Spruch der Höchstrichter nichts. Es geht nicht um die Spekulanten, für kurzfristig orientierte Zocker wird die Steuerbelastung gegenüber früher sogar halbiert. Bestraft werden vielmehr alle jene Anleger, die mit Aktien, Fonds usw. langfristig vorsorgen. Während mit Wertpapieren erzielte Kursgewinne vom Fiskus angeknabbert werden, bleiben Gewinne aus Zinshäusern, Gold oder teuren Kunstwerken weiterhin steuerfrei. Diese Ungleichbehandlung hätte den Verfassungsrichtern eigentlich auffallen können ... Von den Dividenden, die der Aktionär bekommt, holte sich der Fiskus schon bisher ebenso wie von Sparbuchzinsen ein Viertel. Doch anders als beim Sparbuch stellen Aktionäre Risikokapital zur Verfügung. Deshalb ist nicht einzusehen, warum sie einen Teil ihrer Kursgewinne abliefern müssen, während sie auf den Kursverlusten – siehe Finanzkrise! – sitzen bleiben.

brechen an der Wiener Börse heuer die Handelsumsätze weg. Allein in den ersten fünf Monaten 2011 waren sie um mehr als acht Milliarden Euro oder knapp ein Viertel geringer als von Jänner bis Mai 2010. Im April und im Mai betrug das Minus sogar 48 bzw. 42 Prozent. Dabei wäre für die österreichische Wirtschaft gerade jetzt ein funktionierender Finanzplatz enorm wichtig. Die Banken werden wegen Basel III künftig bei der Vergabe von Krediten zwangsläufig restriktiver sein, also benötigen die Firmen mehr Eigenkapital, um zu investieren und die Arbeitsplätze zu sichern. Über eine Börse, der wegen immer neuer Belastungen die Investoren scharenweise davonlaufen, kann man dieses Eigenkapital nicht aufbringen.

### Abschaffung wäre ein Wahlzuckerl

Die SP-Ideologen schert das alles nicht. Sie verteufeln pauschal alle Aktionäre als böse Spekulanten, die die Finanzkrise verursacht haben, riesige Profite einstreifen und deshalb jetzt zu Recht gemolken werden. So weit, so populistisch. Doch zumindest in der ÖVP, die doch immer auf ihre Wirtschaftskompetenz stolz war, sollte man bei aller Koalitionsdisziplin langsam umdenken. Rechnet man Aktien- und Fondsbesitz zusammen, gibt es laut einer aktuellen Umfrage hierzulande immerhin fast eine Million Aktionäre. Es geht bei der Kursgewinnsteuer also auch um Wählerstimmen. Einige Banken plädieren bereits für eine weitere Verschiebung der ungeliebten Abgabe. „Gegessen“ ist die Causa nämlich noch nicht, enthält doch das Gesetz zahlreiche Ungereimtheiten. Sobald im Frühjahr 2012 die Privatanleger ihre ersten Steuerbescheide inklusive Wertpapier-KEST bekommen, ist deshalb mit weiteren Klagen beim Verfassungsgericht zu rechnen. Eine total verunglückte Steuer, die geringe Einnahmen bringt, aber enormen Schaden anrichtet, spätestens dann sang- und klanglos abzuschaffen wäre endlich einmal ein vernünftiges Wahlzuckerl.

### Schaden für Wiener Börse

Fiskalisch droht die Kursgewinnbesteuerung zum Rohrkrepiere zu werden. Die ohnehin bescheidene Einnahmenschätzung von 30 Millionen Euro für heuer – dem stehen Einhebungskosten von mindestens 200 Millionen Euro gegenüber – dürfte bei weitem verfehlt werden. Üppige Kursgewinne sind auf den internationalen Aktienmärkten ja derzeit nicht in Sicht, die Notierungen an der Wiener Börse liegen seit Jahresanfang sogar deutlich „unter Wasser“. Doch der wirtschaftspolitische Kollateralschaden, den die neue Abgabe bereits jetzt verursacht, ist enorm. Wie befürchtet,

## SPARKASSEN-NEWS

## Sparkassen Real Vorarlberg

Die Vorarlberger Sparkassen richten ihr Immobiliengeschäft strategisch neu aus. Am 1. Juni trennten sich die Vorarlberger Sparkassen von der s Immobilien GmbH und gründeten die Sparkassen Real Vorarlberg.

Die s Real ist seit mehr als 30 Jahren in ganz Österreich erfolgreich in der Vermittlung von Immobilien tätig. Als Folge der neuen Eigentümerstruktur kann die Gesellschaft somit von diesen bisherigen Erfahrungen und aufgebauten Netzwerken profitieren.

Die Gründung der Sparkassen Real Vorarlberg erlaubt es den Vorarlberger Sparkassen, sich noch besser auf ihr Kerngeschäft Immobilienvermittlung inkl. Finanzierung zu konzentrieren.



Die zukünftigen Geschäftsführer der neuen Sparkassen Real Vorarlberg: Harald Salzmann (s Bausparkasse) und Herwig Ganahl (Dornbirner Sparkasse)

## Erste Bank sponsert Stadthallen-Tennisturnier



Tennis-Star Jürgen Melzer mit Erste-Vorstandsmitglied Peter Bosek

Österreichs größtes und bedeutendstes Tennisturnier hat den Sponsor gewechselt. Nach 25 Jahren mit demselben Titelsponsor geht das Turnier heuer zwischen 22. und 30. Oktober unter der Patronanz der Erste Bank als Erste Bank Open über die Bühne und bleibt so das absolute Highlight des Tennisjahres in Österreich. „Der Wechsel des Hauptsponsors nach einem Vierteljahrhundert ist ohne Zweifel der Anfang einer neuen Epoche“, kommentiert Turnirdirektor Herwig Straka.

## „Zinsfrühstück“ mit der Sparkasse



Beim Zinsfrühstück gab es auch Gelegenheit zu Diskussion und Gedankenaustausch.

Die Sparkasse Scheibbs lud Unternehmer zu einem „Zinsfrühstück mit der Sparkasse“. Experten aus der Erste Bank gaben dabei einen Überblick über die aktuelle Marktsituation. Der Tenor: Die Konjunktur entwickelt sich gut, mit einem Anstieg der Marktzinsen ist zu rechnen. Gleichzeitig könnte die Inflationsrate steigen.

## Seniorenveranstaltung in Korneuburg



Die Sparkasse Korneuburg lud Senioren zu einem „Sparkassencafé 60plus“. Mitarbeiter vom Roten Kreuz Korneuburg referierten dabei über ihr umfangreiches Angebot an Dienstleistungen für Betreuung und Pflege zu Hause. Einen Schwerpunkt des Vortrags stellte die Rufhilfe dar. Mit einem einfachen Druck auf den Alarmknopf eines Handsenders, der wie eine Armbanduhr getragen wird, aktiviert man seinen persönlichen

Notruf. Weiters wurde eine neue Dienstleistung vorgestellt: Zu Hause essen. Die Zustellung der À-la-Carte-Mahlzeiten erfolgt durch das Rote Kreuz Korneuburg frei Haus.

Bankvorstände  
„schlagen“ den ATX

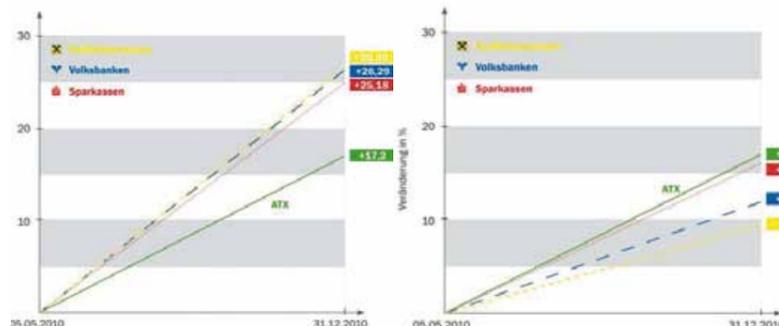
Kauf- und Verkaufsempfehlungen von Bankexperten erwiesen sich als geldwert

Das Beratungsunternehmen emotion banking wollte wissen, ob man den Aktienempfehlungen österreichischer Bankvorstände und Experten trauen kann. Erstmals durchgeführt wurde die Befragung im Jahr 2008. Jetzt liegen interessante Ergebnisse vor.

„Wir haben mit unserer Studie unmittelbar nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers begonnen“, betont emotion-banking-Geschäftsführer Christian Rauscher. „Damals lagen alle Banken in ihrer Einschätzung hinsichtlich der Entwicklung des ATX deutlich zu optimistisch. Es schien, als würden die Experten mit Extremszenarien nicht gut zu Rande kommen.“ 2009 lagen die heimischen Banker in ihrer Einschätzung aber bereits deutlich besser.

Im vergangenen Jahr bat emotion banking erneut 143 Vorstände und Führungskräfte der dezentralen Sektoren um ihre Kauf- und Verkaufsempfehlungen für ATX-Einzeltitel. Das Unternehmen formte dann aus den Anlegertipps für 2010 ein fiktives Portfolio und verglich dieses mit der Performance des ATX.

Dabei zeigte sich, dass man mit den Tipps der Experten sehr gut gefahren wäre. Die Banker behielten sowohl bei den Kauf- als auch bei den Verkaufsempfehlungen recht und schlugen jeweils die Benchmark des ATX. Bei den Kaufempfehlungen überbot das Experten-Portfolio mit einem Plus von 25 Prozent den ATX um 8 Prozent. Auch bei den Verkaufsempfehlungen hatten die Vorstände die richtige Nase und erzielten eine Kurssteigerung von fast 13 Prozent. Allerdings blieben sie damit trotzdem um 5 Prozent unter dem ATX, der sich besser entwickelte, als zu erwarten war.



Vergleich der Kauf- (l.) und Verkaufsempfehlungen (r.) der einzelnen Sektoren mit dem ATX

## Unterschiedliche Portfolios der Sektoren

Die Top-3-Kaufempfehlungen der Raiffeisenbanken, Sparkassen und Volksbanken weisen interessante Unterschiede auf. Wenig überraschend: Während Raiffeisen-Führungskräfte besonders für die Raiffeisen Bank International plädierten, kamen aus der Sparkassengruppe vielfach Stimmen für die Erste Bank. Die Manager der Volksbanken wiederum setzten auf keinen Bankentitel in ihrem Top-3-Portfolio, sondern präferierten Voest-Alpine.

Trotz der kleinen Unterschiede bei den Top-3-Kaufempfehlungen der Raiffeisenbanken, Sparkassen und Volksbanken, erzielten die Portfolios praktisch den gleichen Wertzuwachs. Auch auf der Verkaufsseite zeigten sich die heimischen Institute weitgehend geschlossen. Alle Sektoren bewiesen mit der Empfehlung zur Abgabe von bwin-Aktien die richtige Nase. Der Kursabschlag von 28 Prozent bei diesem Titel führte auch zu der unterdurchschnittlichen Entwicklung des Verkaufsportfolios. Allerdings erzielten die von den Bankern ebenso zum Verkauf empfohlenen Aktien von Flughafen Wien, Post AG und Raiffeisenbank International –

die nur bei der Volksbankengruppe auf der Abgabeliste stand – eine überdurchschnittlich positive Performance. Mit diesen Empfehlungen lagen die Banker somit falsch.

## ATX-Vorhersage: Trefferquote geringer

Nicht immer behält die Mehrheit recht. So wurde die heimische Bankenwelt von der Jahresendrallye überrascht. Der ATX ging mit einem Endstand von 2.904 Punkten ins neue Jahr und lag um rund 250 Punkte über dem Mittelwert. Lediglich vier der 140 befragten Experten hatten das vorhergesehen. Aber es gab auch einen Optimisten, der sogar einen Indexwert von 5.900 Zählern für möglich hielt. Für das laufende Borsejahr empfehlen die Bankvorstände insbesondere Voest Alpine, Verbund, Raiffeisen International und OMV. Insgesamt stehen drei Versorger, zwei Industrietitel und zwei Banken auf der Einkaufsliste. Auf der Abgabeseite stehen Telekom Austria, InterCell, Strabag und die Post AG. Sollten die Bankvorstände wieder richtig liegen, empfiehlt es sich, die Tipps der Banker schnellstens in die Tat umzusetzen. Falls die Kurse aber doch einen anderen Verlauf nehmen, dann war man zumindest in guter Gesellschaft ... - red -

## Gemeinden sind zu Reformen bereit

## Skepsis gegenüber Zusammenlegungen

Am diesjährigen Gemeindetag in Kitzbühel appellierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer an die anwesenden Bundespolitiker – darunter Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann – endlich die anstehenden Strukturprobleme des Landes anzugehen. Mödlhammer verwahrte sich gegen den Vorwurf, dass die österreichischen Gemeinden Reformverweigerer seien. „Wir sind zu allen vernünftigen Reformen bereit“, meinte er in Richtung der Forderung nach Gemeindezusammenlegungen, „aber wir werden nicht zulassen, dass bewährte Strukturen zerschlagen werden.“ So würden etwa alle relevanten Studien zeigen, dass kleine Gemeinden deutlich effizienter arbeiteten als große. „Wir haben alles dafür zu tun, das bunte Mosaik der ländlichen Gemeinden zu erhalten“, so Mödlhammer, der in diesem Zusammenhang erneut einen Masterplan für die Infrastruktur des ländlichen Raumes forderte.



Bundeskanzler Werner Faymann, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Bundespräsident Heinz Fischer und der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter beim Gemeindetag in Kitzbühel

Aus der Sicht des Gemeindebund-Chefs sind die Kommunen die Sparmeister der Nation. Schließlich seien die Gemeinden die einzige Gebietskörperschaft, die sich verpflichtet habe, keine neuen Schulden zu machen. Bedingung sei aber, dass den Gemeindeverwaltungen nicht stän-

dig neue Lasten aufgebürdet werden. Wichtig sei es, klare Kompetenzen zu schaffen. So wäre etwa die Kinderbetreuung am besten in der Kompetenz der Gemeinden aufgehoben, „weil wir das besser können als der Bund und die Länder“. - hre -

# „Unbeabsichtigte Konsequenzen der Regelwerke verhindern!“

ESV-Geschäftsführer Chris De Noose im Interview: „Die Konsequenzen von Basel III nicht unterschätzen.“



Foto: WSB

Chris de Noose: „Die Pluralität der europäischen Bankenlandschaft unbedingt erhalten.“

Der Geschäftsführer des Weltsparkassenverbandes und der Europäischen Sparkassenvereinigung (WSBI-ESBG), Chris De Noose, gibt einen Überblick über die potentiellen Auswirkungen der zukünftigen Rahmenvorgaben von Basel III sowie die aktuelle Debatte über einen europäischen Binnenmarkt für Zahlungen.

**Sparkassenzeitung: Es wird in Fachkreisen erwartet, dass die EU-Kommission in diesem Sommer einen Gesetzesvorschlag einbringt, um den Basel-III-Rahmen durch die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie in der EU umzusetzen. Welche Rolle spielt dabei die Warschauer Deklaration der ESBG?**

**De Noose:** Im Mai hat sich der Vorstand der ESBG in Warschau mit Mitgliedern der zukünftigen europäischen Ratspräsidentschaft getroffen. Ein Ergebnis davon war die Warschauer Deklaration, eine Erklärung der Positionen der ESBG zur Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen von Basel III in der EU und im Binnenmarkt für Zahlungen. Die Deklaration betont, dass die Finanzkrise nicht von den europäischen Privatkundenbanken ausging, und fordert die europäischen Entscheidungsträger dazu auf sicherzustellen, dass Sparkassen und Privatkundenbanken nicht zu Opfern der neuen Verordnung werden. Basel III wurde für große, international tätige Institutionen entwickelt, betrifft jedoch den gesamten Bankensektor, in dem kleine und große, regionale und internationale, Privatkunden- und Universalbanken mit unterschiedlichen Strukturen und Eigentumsmodellen miteinander konkurrieren und koexistieren. Dieses „Universalrezept“ berücksichtigt nicht alle Besonderheiten und Gegebenheiten innerhalb der EU. Stabile und vernünftige Banktraditionen der EU dürfen durch eine Reform der Vorschriften nicht gefährdet werden. Die starke Rolle der Privatkundenbanken bei der Finanzierung der EU-Wirtschaft

darf nicht geschwächt und die Wettbewerbsneutralität sollte gesichert werden. Die Warschauer Deklaration bringt diese Bedenken detailliert zum Ausdruck.

**Wird Basel III den Sparkassen und den Kreditnehmern das Leben schwerer machen?**

Es muss keinem von beiden das Leben schwerer machen, aber es gibt vieles zu bedenken. Zuerst einmal müssen die europäischen Institutionen die Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsprinzips beachten, welches ursprünglich im Zuge von Basel II angedacht wurde und nun gefährdet ist. Tatsächlich ist es von größter Bedeutung, dass die Komplexität und die Anforderungen der EU-Verordnung den Einsatz der Privatkundenbanken für die Verfolgung ihrer sicheren Kerngeschäfte nicht untergraben. Das beinhaltet ihre langfristigen Investitionen und die Bereitstellung langfristiger Finanzierungen für die Realwirtschaft. Das ist unerlässlich für die Planung wirtschaftlicher Aktivitäten und das Treffen von Investitionsentscheidungen der KMU sowie bei den privaten Haushalten. Daher ist es leider möglich, dass Basel III sowohl das Geschäftsmodell der Sparkassen als auch Mittelstandsunternehmen gefährdet.

Zweitens wird Basel III neben strengeren Kapitaldefinitionen einschließlich beträchtlicher Abzüge und höherer Eigenkapitalquoten zwei zuvor nicht existente Liquiditätsstandards einführen. Beide Standards müssen, wie vom Baseler Ausschuss angekündigt, noch eingehender geprüft werden. Angesichts der Entwicklungen der jüngsten Zeit sollte jedoch die Abhängigkeit der Standards von Staatsschulden so schnell wie möglich überdacht werden, und realistische Alternativen auf der Grundlage der Wirklichkeit des EU-Bankensektors sollten untersucht werden.

Drittens hat die Europäische Kommission vor, die CRD-Überarbeitung in

eine Verordnung und eine Richtlinie aufzuteilen, wobei Erstere den Kern von Basel III betrifft. Die ESBG kann diesen Ansatz nicht unterstützen, da es nicht möglich ist, dass eine Verordnung nationale Besonderheiten berücksichtigt.

Viertens ist die globale Umsetzung von Basel III deshalb unverzichtbar, um zu verhindern, dass die europäische Bankwirtschaft einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Banken aus anderen Bereichen erleidet, in denen Basel III nicht oder nur zögernd umgesetzt wird.

Schließlich sollten europäische Vorschriften im Hinblick auf Sicherungssysteme und die Sanierung und Abwicklung von Banken die Möglichkeit anerkennen, dass freiwillige und gegenseitige Sicherungssysteme auch als Systeme der frühzeitigen Intervention und des institutionellen Schutzes dienen können. Solchen Systemen sollte es ermöglicht werden, ihre wesentliche stabilisierende Rolle auf dem Finanzmarkt zu spielen.

**Wie steht die ESBG zum Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA?**

Die ESBG-Mitglieder engagieren sich seit langem für die Etablierung des Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA – Single Euro Payments Area). Sie sind bereits seit einiger Zeit „SEPA-ready“ und sind dabei, ihre Kunden vorzubereiten.

Die ESBG-Mitglieder unterstützen das Vorhaben, ein Enddatum für die Migration der alten Zahlungssysteme zu SEPA per Verordnung festzulegen, aber sie sind aufgrund des Umfangs des Verordnungsentwurfs besorgt. Tatsächlich erweitert der Entwurf die Dienstleistungen, die Anbieter von Zahlungsdiensten (im Wesentlichen Banken) für ihre Kunden erbringen müssen, verhindert aber gleichzeitig, dass die Banken von den Vertragspartnern, für die sie die Leistungen erbringen, eine Vergütung erhalten. Außer-

dem sollte die Agenda für veränderte europäische Zahlungssysteme der gesamten Gesellschaft nützen und die Grundlage für weitere Innovationen im Zahlungsverkehr bilden. In diesem Zusammenhang tragen primär Entscheidungsträger und Regulierungsbehörden die Verantwortung dafür, es den Anbietern von Zahlungsdienstleistungen zu ermöglichen, laufende Kosten und Investitionen zu decken.

**Wie steht die ESBG zu den kumulativen Auswirkungen und Kosten derart umfassender Regulierungsvorhaben?**

Der Entscheidungsprozess muss auch die entstehenden Kosten und die Auswirkungen des großen Umfangs der regulierenden Eingriffe berücksichtigen. Nicht nur die mit direkten Kosten verbundenen Reformen (Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und der Einlagensicherungssysteme, potentielle Rettungsfonds, mögliche neue oder bereits existierende Besteuerungen für den Finanzsektor) sind zu berücksichtigen. Auch jene Initiativen,

welche die allgemeine Komplexität des Bankwesens sowie die Belastungen durch Berichterstattung und Verwaltung erhöhen (Reformen der Unternehmensführung, Richtlinien für das Risikomanagement etc.) sind zu berücksichtigen.

Wir hoffen, dass die europäischen Institutionen erkennen, welche unbeabsichtigten Folgen die Umsetzung von Basel III und anderen Reformen haben könnte. Alle Reformprojekte sollten sorgsam durchdacht werden, damit sie nicht einen stabilen Bestandteil der Bankenlandschaft der EU untergraben und regional stark verankerte Kreditinstitute gefährden, die sich bekanntlich in der Krise als sehr widerstandsfähig erwiesen haben. Eine europäische Gesetzgebung, welche die kreditwirtschaftliche Pluralität in Europa sowie jene der lokalen und regionalen Privatkundenbanken sicherstellt, ist im Interesse aller.

Das Interview führte Roland L. Tassler

## EU-NEWS

### good.bee als Best Practice in Brüssel vorgestellt

Auf einer Veranstaltung der Europäischen Sparkassenvereinigung (ESBG) zum Engagement der Sparkassen im Mikrokreditbereich wurde die Erfolgsgeschichte von good.bee präsentiert. Good.bee ist eine Initiative der ERSTE Stiftung und der Erste Group für Micro-Banking und Social-Banking.



Ein rumänischer Bauer, der über die Initiative good.bee einen Mikrokredit erhalten hat

Es ist ein vorbildhaftes Beispiel für eine marktgetriebene Lösung, mit der unternehmerisches Handeln unterstützt werden kann. Operativ ist good.bee bereits in Rumänien in Realisierung. Grundsätzlich sollen aber in allen Ländern, in denen die Erste Group vertreten ist, ähnliche Initiativen gesetzt werden. Mit der Darstellung weiterer konkreter Mikrofinanzinitiativen aus der europäischen Sparkassenfamilie konnte den anwesenden EU-Entscheidungsträgern deutlich gemacht werden, dass Sparkassen auch in schwierigeren Zeiten ihren Gründungsauftrag erfüllen und den Zugang zu Finanzmitteln sicherstellen.

### EU-Antwort auf US-Subprime-Krise

In einem vor kurzem präsentierten Richtlinienvorschlag schlägt die EU-Kommission vor, die Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung zu verschärfen. Weiters will die Kommission ein Recht auf vorzeitige Rückzahlung einführen, die Informationspflichten verschärfen und die Kreditvermittler strenger regulieren. Es ist anzunehmen, dass die geplanten Änderungen zur Verteuerung der Kreditvergabe führen werden. Die Intention der Kommission, die Kreditvergabe verantwortungsbewusster zu gestalten, ist grundsätzlich begrüßenswert. Es kam auch in wenigen EU-Mitgliedsstaaten zu Fällen verantwortungsloser Kreditvergabe. Ein unionsweites Problem liegt jedoch nicht vor. Besonders vor dem Hintergrund, dass einzelstaatliche Korrekturmaßnahmen bereits gesetzt werden, wird ein zusätzliches Regulativ auf Unionsebene als überschießend empfunden. Aufgrund der Marktstruktur und des Fehlens eines ausgeprägten Binnenmarktbezugs sollten die EU-Entscheidungsträger von einer Regelung absehen und nationalen Maßnahmen den Vorzug geben. Da besonders die Hypothekarmärkte überwiegend regionalen Bezug haben, sollte das Subsidiaritätsprinzip strikt beibehalten werden.

# Schlüsselrolle für Jugendbetreuer

Die besten Ideen für das beste Jugendmarketing der heimischen Sparkassen

Sandra Paweronschitz

Beim diesjährigen Sparkassentag ging es überwiegend darum, wie die heutige Jugend tickt, was sie anspricht und wie diese Erkenntnisse im Marketing der Kreditwirtschaft umgesetzt werden können. Ein wichtiger Programmpunkt: den eigenen, jungen Sparkassenmitarbeitern zuzuhören, wo es in der Jugendarbeit noch Aufholbedarf gibt. Zwei „Best-Practice“-Beispiele aus Tirol und Oberösterreich zeigen, wie man es richtig macht.

sei dann wieder für die jugendlichen Kunden zuständig.

Um Jugendliche langfristig an ihre Sparkasse zu binden, forderten die Vortragenden deshalb eindringlich, dem Jugendbetreuer einen höheren Stellenwert zu geben. Die Aufgabe des Jugendbetreuers solle demnach als eigene Funktion definiert werden. Welche und vor allem wie viele Kunden dem Betreuer zugeordnet werden, soll zukünftig besser berücksichtigt werden. Um ein Vertrauensverhältnis aufbauen zu können sollten Betreuer und Kunde die

cher Gutscheine, Aktionen und Geschenkangebote. Die Jugendbetreuer forderten daher folgerichtig die Einführung einer österreichweiten Sparkassen-Vorteilswelt für die Zielgruppe. Diese Forderung wurde von Erste-Vorstandssprecher Thomas Uher noch am selben Tag aufgenommen und mit den zuständigen Marketingleuten besprochen. Uher: „Ich wäre sehr froh, wenn wir das sofort umsetzen würden. Wir haben keine Alternative zu bundesweiten Aktionen, ergänzt durch lokale Initiativen.“ Ebenso sollte es kein Problem sein, die Filialen mit Gratis-WLAN

oberösterreichischen Sparkasse habe sich der Einsatz von eigenen Jugendcoaches und Jugendverantwortlichen als Promotoren bestens bewährt. Ziel der Sparkasse sei es, nicht nur viele Neuabschlüsse zu erzielen. Entscheidend sei dafür die Betreuung besonders im After Sales Service. So könnten „Kontoleichen“ vermieden und dynamisch genutzte Konten generiert werden.

Eine wichtige Zielgruppe der Sparkasse Oberösterreich sind, so Gutmayer, Kinder im Alter von 10 bis 13 Jahren, die man über deren Eltern

Studenten, etwa Gutscheine fürs Kopieren, Boni für Kontoeröffnung und Kontotreue, das Absolventenservice nach Studienabschluss und ähnliche Aktionen haben sich bestens bewährt.

## Best Practice in Tirol

Stefan Lahartinger stellte zwei besondere Aktionen vor, die von der Tiroler Sparkasse gesponsert wurden und mit denen es gelang, eine beachtliche Zahl von Neukunden zu generieren. Gleichzeitig positioniert sich die Sparkasse als Plattform für junge, trendige und unkonventionelle Events.



„Jugendbetreuerinnen der Sparkassen brachten ihre Erfahrungen aus der Praxis in die Diskussion ein. V.l.n.r.: Verena Lair, Tiroler Sparkasse, Theresa Gang, Sparkasse Rattenberg, Susanne Muhry, Steiermärkische Sparkasse.“

Sechs junge Sparkassenmitarbeiterinnen (Verena Lair, Tiroler Sparkasse; Susanne Muhry, Steiermärkische Sparkasse; Victoria Wallner, Wiener Neustadt; Theresa Gang, Rattenberg; Petra Hinterreitner, Neuhofen; Tamara Kandler, Schwaz) und ein junger Kollege (Alexander Korpitsch, Kärntner Sparkasse) hatten eine eindrucksvolle Präsentation über die Stärken und Schwächen der Jugendarbeit in der Sparkassengruppe erarbeitet.

Ein äußerst positives Image erten die Sieben für die Marke spark7, die als modern, dynamisch und trendig erlebt werde, was auch Kundenbefragungen bestätigen. Junge Kunden bezeichnen spark7 als modern, sympathisch und innovativ.

Einig waren sich die jungen Sparkassen-Mitarbeiter darin, dass Filialen und gute Betreuung längst nicht ausgedient haben, auch nicht in Zeiten von netbanking und Apps. Zentrale Aussage: „Wir wollen, dass Jugendliche in uns Jugendbetreuern den Ansprechpartner für ihre Geldangelegenheiten sehen.“

Doch hier setzte die Kritik der Sieben ein, was die Unternehmenspolitik der Sparkassen in Bezug auf Jugendbetreuung betrifft: Die einzige Qualifikation eines Jugendbetreuers sei sein Alter. Es sei ganz normal, dass gerade ein Mitarbeiter mit vergleichsweise geringer Erfahrung zum Jugendbetreuer avanciere. Die Fluktuation in diesem Bereich sei deshalb enorm, mit zunehmendem Lebensalter würden die Mitarbeiter fast immer für andere Aufgaben herangezogen, der „Nachwuchs“

Chance bekommen, miteinander älter zu werden. Filialleitern und Vorständen sollte bewusst werden, dass Jugendbetreuung nichts sei, was man nebenher zu bewältigen könne.

## Innovative Ideen

Verena Lair, Theresa Gang und Susanne Muhry, die in Graz ihre Ideen präsentierten, beliebten es nicht bei der kritischen Analyse, sondern unterbreiteten konkrete Vorschläge zur Verbesserung in der Jugendbetreuung. Aufgrund von aktuellen Studien zur Handynutzung (95 bis 98 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren besitzen ein Handy, und bereits 14 Prozent der Jugendlichen benutzen ein Smartphone) wurde beim Sparkassentag die Idee zu einer spark7 App präsentiert. Diese sollte als mobiles Konto dienen, eine Suche nach Ermäßigungen bei diversen Dienstleistungen beinhalten, im Notfall automatisch ein SMS an die Eltern schicken können, den Zugriff auf Eventfotos, auf die spark7-Facebook-Seite ermöglichen sowie den direkten Kontakt zum Kundenbetreuer herstellen.

## Verbesserte Kooperationen

Stichwort Facebook: Negativ vermerkt wurde in der Präsentation die Tatsache, dass bisher erst 28 Sparkassen einen eigenen Facebook-Auftritt betreiben und dieses neue Tool für Kundenkontakte nutzen. Eine weitere Idee: „spark7 goes Europe“. Angedacht wurde eine InterRail-Kooperation mit den ÖBB. Kritisch war das Urteil über zu viel Pluralismus: Regional gäbe es für Jugendliche eine kaum überschaubare Vielzahl völlig unterschiedli-

auszustatten, vielleicht auch noch mit Kaffeemaschinen – und das alles möglichst rasch. „Wir wollen auf diesem Sparkassentag Impulse geben, die bereits am Tag darauf konkrete Auswirkungen auf unser Tun haben,“ mahnte Uher zur Eile.

## Best Practice in Oberösterreich

Gerald Gutmayer, Leiter der Marketing- und Kommunikationsabteilung der Sparkasse Oberösterreich, berichtete über die Aktivitäten seiner Sparkasse, Kinder, Jugendliche und Studenten als Kunden zu gewinnen. Jugendmarketing braucht gezielte Investitionen: Kurzfristig würden durch Aktionen und Aktivitäten, mit denen junge Menschen erreicht werden können, zwar Kosten entstehen, diese seien aber eine Investition in die Zukunft. In den Filialen der

zu erreichen versucht. Konkret erfolgt die Ansprache über Mailings, die Homepage, Newsletter etc. Einen anderen Zugang bieten Aktionen, bei denen Kinder ihr Taschengeld tatsächlich aufzettelten können, etwa der Taschengeldbonus von zehn Euro bei der Eröffnung eines Taschengeldkontos, auf das mittels Dauerauftrag regelmäßig ein gewisser Betrag eingezahlt wird. Diese Aktion habe auch zu einem Imagegewinn bei den Eltern geführt.

Eine besonders originelle Aktion war der Streberbonus der Sparkasse, bei der im Februar und im März 2010 mit jedem Einser der Kinder im Halbjahreszeugnis ein Euro zu verdienen war. Grundlage dafür war die Eröffnung eines neuen spark7 Kontos. Auch die Bonusprogramme für

Die Tiroler Sparkasse tritt am 13. August 2011 zum zweiten Mal als Hauptsponsor des „spark7 Nordkette Downhill“ auf, eines Mountainbikerennens, bei dem die Fahrer 4,2 km über anspruchsvolle Waldpassagen, Felssprünge, durch Steilkurven und über einen gekonnt integrierten Hindernisparcours rund 1.000 Höhenmeter überwinden bevor sie oberhalb der Hungerburg über die Ziellinie fahren.

Das Medieninteresse im Vorjahr war enorm. 3.500 Zuschauer fanden sich entlang der Strecke ein, viele beteiligten sich an den Gewinnspielen. Im Promotionszeitraum wurden 583 Konten eröffnet, das entspricht mehr als der Hälfte der Jahresproduktion! Zusätzlich wurden 800 Nichtkunden-Adressen erfasst. Die Kosten für diese Veranstaltung am Puls der Zeit: 8.500 Euro, davon stammten 6.000 Euro vom Landesverband.

Das zweite Großereignis war das Konzert des R&B-Sängers Taio Cruz, das wochenlang die Öffentlichkeitsarbeit der Tiroler Sparkasse, insbesondere von spark7 Tirol, dominierte. Marketing-Pointe am Rande: Die Tatsache, dass niemand im Plenum Taio Cruz kenne, sei ein schlagender Beweis für das zielgenaue Jugendmarketing. Für eine Kontoeröffnung konnten die Jugendlichen ein VIP-Ticket für dieses Konzert ergattern, als Bonus gab es noch zehn Music-downloads dazu.

Fazit: Beim Jugendmarketing sind Kreativität und Mut zur Innovation gefragt.



Gerald Gutmayer, Sparkasse Oberösterreich, und Stefan Lahartinger von der Tiroler Sparkasse berichteten über Best Practice in ihren Bundesländern

# Seitenblicke an der Mur

Bereit für den feierlichen Sparkassenabend am 29. Mai in der alten Universität in Graz.  
Oben v.l.n.r.: Die Vorstandsdirektoren Hans Unterdorfer aus Innsbruck und Otto Kortan aus St. Pölten begleiten Vorstandsdirektorin Regina Ovesny-Straka aus Salzburg.



Ebenfalls gespannt auf den Abend waren die beiden Vorstandsdirektoren aus Wr. Neustadt, Andrea Klemm und Klaus Lehner (rechts).



Rechts: Die Vorstandsdirektoren Josef Preschitz und Wolfgang Dinhof (beide Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl) feiern mit Birte Quitt von der Erste Bank.



Die Location in der Alten Universität in Graz sorgte für gelassene Stimmung und lockere Gespräche.



Eines der Highlights am diesjährigen Sparkassentag: Die Podiumsdiskussion mit Hannes Eder, Chef von Universal Music Austria, Verena Lair, Tiroler Sparkasse, Moderatorin Martina Kohrgruber, Steiermärkische Sparkasse, Thomas Uher, Vorstandssprecher Erste Bank Oesterreich, Referent Philipp Ikrath vom Institut für Jugendforschung. Im Hintergrund Live-Statements des Publikums auf der Twitter-Wall.

Für gute Unterhaltung sorgten am Sparkassenabend die jungen Mädchen aus der Knax-Showdancegruppe.



Der Spaß kam nicht zu kurz: Thomas Uher und die Gastgeber Gerhard Fabisch und Sava Dalbokov von der Steiermärkischen Sparkasse.



Hohe Ämter wurden übergeben: Alois Hohegger wurde als Präsident verabschiedet und erhielt den Titel des Ehrenpräsidenten. Christian Aichinger hingegen wurde einstimmig zum neuen Präsidenten des Sparkassenverbandes gewählt und angelobt.



Ebenfalls ihren großen Auftritt hatten die neuen Vorstände der Sparkassen: Sava Dalbokov (Steiermärkische), Klaus Felderer (Kufstein), Hans Unterdorfer (Tirol), Gabriele Semmelrock-Werzer (Kärntner), Ehrenpräsident Alois Hohegger, Martin Hauser (Kremsthal-Pyhrn), Meinhard Reich und Martin Haßlwanger (beide Imst) sowie Siegfried Huber (Kärntner).



Der Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Michael Ikrath, im Gespräch mit dem Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (oben).

Ein gern gesehener Gast und Jubilar: Die s Versicherung feierte auf dem Sparkassentag ihren 25. Geburtstag und spendierte eine standesgemäße Torte: Die Vorstände der s Versicherung, Erwin Hammerbacher (1.v.l.), Heinz Schuster (4.v.l.) und Manfred Rapp (5.v.l.) schnitten gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Vienna Insurance Group, Günter Geyer (2.v.l.), und Erste-Chef Andreas Treichl (3.v.l.) persönlich die ersten Stücke aus dem Naschwerk.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbherbst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

## DAS LETZTE WORT

### Pension und andere Lücken

Da staunten selbst die ohnehin schon Desillusionierten: Rund zwei Drittel der Österreicher können den Begriff „Pensionslücke“ nicht richtig interpretieren. Das heißt im Klartext, dass weite Teile der Bevölkerung einer einschlägigen medialen Debatte über Eigenvorsorge, Einkommenslücke beim Übertritt in den Ruhestand oder Entlastung des ASVG-Umlageverfahrens etwa durch die Pensionskassen gar nicht zu folgen vermögen. Eines der vielen Ergebnisse einer Befragung zu finanziellem Vorsorgeverhalten der Österreicher.

Niemand werfe den ersten Stein!  
Erst vor kurzem dauerte es in einem postgradualen Universitätslehrgang an der Uni Wien gute zehn Minuten, bis man in gemeinsamer Diskussion von insgesamt immerhin 30 fertigen Akademikern die vier österreichischen Sozialpartner mit Mühe „zusammengebracht“ hat. Das Wissen rund um jene Begriffe und Zusammenhänge, die medial praktisch täglich dutzendfach verwendet werden, ist von erschreckender Unzulänglichkeit. Und so fällt es ja kaum noch jemandem auf, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk verkündet, dass „der Ministerrat heute Vormittag das Gesetz X beschlossen hat“.

Es ist weder um die Financial noch um die Political Literacy gut bestellt in Österreich. Das ist wohl auch der Angelpunkt dafür, dass jene Politiker, die komplexere Zusammenhänge zur populistischen Polemik verdichten, so erfolgreich sind. Das Schlagwort dominiert, die Hintergründe oder Interdependenzen bleiben völlig unbeachtet. Kein Wunder also, das vor kurzem eine Wiener Gratiszeitung auf großen Lettern fordern konnte: „Senken Sie die Steuern, Frau Fekter!“ So einfach ist das mittlerweile.

Es bleibt sehr viel zu tun. Nicht nur beim Finanzwissen. Und bei einer der nächsten demoskopischen Gelegenheiten könnte man eine neue Frage ins Programm nehmen: „Was verstehen Sie unter einer Wissenslücke?“  
- üh -

## ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Er hat mir gesagt, was er will, und ich habe gemacht, was ich will.“  
Der ehemalige Handelsminister Josef Staribacher in einem profil-Interview, sein Verhältnis zu Bruno Kreisky charakterisierend

„Sind die Griechen nicht längst in und unter uns, nicht nur in der Hypo Alpe Adria, in Kärnten, unserem Hellas?“  
Professor Bernd Marin in einem Kommentar im STANDARD

„Jetzt die Griechen insgesamt haftbar zu machen halte ich für falsch, denn jeder hat gewusst, dass die Statistik falsch ist. Die Griechen fragen heute mit Recht: Warum habt ihr das akzeptiert?“  
Erhard Busek in einem Interview mit den „CONTUREN“

„Wir brauchen mehr Meister als Master.“  
Die Präsidentin der Wirtschaftskammer NÖ, Sonja Zwanzl, im „Niederösterreichischen WirtschaftspresseDienst“

„Durch den Boom bei Krimserien wie CSI, Navy CI oder Law and Order ist auch der Bedarf an Leichendarstellern sprunghaft angestiegen. Der Verdienst in einer toten Rolle ist bei weitem besser als der von normalen Statisten. Je verwester desto besser.“  
Aus einer Meldung auf orf.at

„I have never hated a man enough to give his diamonds back.“  
Komprimierte Lebenseinstellung von Zsa Zsa Gabor

# „Das wird ein gerechtes Steuersystem“

Neue Steuern braucht das Land

In Österreich wird mit Hochdruck daran gearbeitet, den sprichwörtlichen Reformstau aufzulösen. Die politischen Parteien haben die Denkarbeit ausgelagert: Die „Gesellschaft für eine intensive Fiskalreform“ (GREIF) hat die konzeptionelle Arbeit übernommen. Geleitet wird dieser neue Brain Trust vom vormaligen Leiter der ARGE GERECHTIGKEIT, Prof. Werner Zugriff, emeritierter Vorstand des Instituts für „Abgabemaximierung und Substanzschmelze“. Achterbahn hatte Gelegenheit, in einem Gespräch mit dem ausgewiesenen Wissenschaftler einen tiefen Blick hinter die Kulissen der Projekt-schmiede GREIF zu werfen.

**Achterbahn: Herr Professor, während die Staatsschuldenquote steigt, wird schon von einer Steuerreform gesprochen. Ist das nicht ein fundamentaler Widerspruch, der die Glaubwürdigkeit der Politik mehr belastet als stärkt?**

Zugriff: Diese Ihre Frage ist ja schon der Keim eines naiven Missverständnisses. Hierzulande ist es uns zwar in jahrzehntelanger Kleinarbeit gelungen zu erreichen, dass der Bürger mit Steuerreform auch Steuersenkungen verbindet. Das war eine beachtliche Kommunikationsleistung. In Wahrheit ist aber die Steuer- und Abgabenquote in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Und das soll so bleiben.

**Aber die Bürger merken doch, wenn der Steuerdruck höher wird ...**

... nur die ganz wenigen, die sich die einschlägigen Statistiken anschauen. Die überwiegende Mehrheit glaubt aber, die Steuern seien generell gesenkt worden, nur sie persönlich hätten davon einfach nichts gemerkt.

**Was man hierzulande im Volksmund eine Augenauswischerei nennt.**

Das ist jetzt reinste Polemik. Sie brauchen nur eine attraktive Etikettierung, und schon läuft alles in den gewünschten Bahnen.

**Ihre Gesellschaft hat die richtige Etikette für den nächsten Schritt der Steuerreform schon gefunden?**

Selbstverständlich: Unser Markenzeichen ist jetzt die Gerechtigkeit. Seit der Französischen Revolution ein erstrebenswertes Ziel, kein Mensch kann dagegen etwas einwenden. Die Boulevardzeitungen fressen einem bei diesem Thema aus der Hand, und die paar kritischen Kommentatoren kann man mit Leichtigkeit als Querulanten abtun. Es muss gerecht zugehen, alles andere ist nebensächlich.

**Was planen Sie der Politik konkret vorzuschlagen?**

Wir gehen von einem Konzept der multiplen Gerechtigkeit aus, also von der Idee, für jede Steuererhöhung oder Einführung einer neuen Steuer die Gerechtigkeit zum entscheidenden Parameter zu machen. Das gelingt durch intensive Kommunikation und – sollte es sich da und dort speißen – durch noch intensivere Insertion, wenn Sie verstehen, was ich meine.



Prof. Werner Zugriff: „Es ist wahrlich und gerecht, neue Steuern einzuführen“

**Können wir da etwas konkreter werden?**

Gern. Nach der weltweiten Finanzkrise war es nur gerecht, in Österreich die Bankensteuer einzuführen. Die bringt jetzt einmal 500 Mio. Euro im Jahr, das entspricht einem Sondierungsschacht für den Koralmtunnel. Kommen Sie mir aber jetzt nicht mit dem Einwand, die österreichischen Banken hätten die Krise nicht verursacht! Das ist nicht entscheidend. Wichtig ist, dass die Politik diesen Eindruck zu vermitteln vermag. In einem Land, in dem zwei Drittel der Bürger nicht wissen, was eine Pensionslücke ist, ein Kinderspiel. Halten den Dieb! Das funktioniert noch immer.

**Aber die Banken sollen ja gleichzeitig ihr Eigenkapital massiv erhöhen, so fordert es auch das Regelwerk von Basel III.**

Deshalb werden wir ja die Finanztransaktionssteuer einführen, damit die Kreditwirtschaft weniger Risiken eingeht. Darüber hinaus haben wir uns im Sinne der Gerechtigkeit vorgenommen, die Kapitalmärkte auf ein für die Gerechtigkeit erträgliches Maß zu redimensionieren. Die ersten Erfolge sind beachtlich: Allein die Ankündigung der Kursgewinnbesteuerung – wann immer sie auch in Kraft tritt – hat die Umsätze an der Wiener Börse in den ersten Monaten dieses Jahres um 40 Prozent gesenkt. Das ist doch ein respektabler erster Schritt. Eines muss klar sein: Wenn die Transaktionssteuer auf EU-Ebene nicht kommt, dann werden wir zusätzlich eine Börsenumsatzsteuer einführen, wie es der Gewerkschaftspräsident fordert. Das wird mittelfristig dazu führen, dass die Aufnahme von zusätzlichem Eigenkapital an der Börse weiter zurückgeht. Ergebnis: Die Banken haben wieder mehr Chancen, Kredite zu vergeben. Wir sind also auch gegen-

über der Kreditwirtschaft unheimlich gerecht. Dieser ganze Mumpitz mit Eigenkapitalzufuhr von außen hört sich damit endlich auf.

**Welche weiteren Maßnahmen sind bei Ihnen gleichsam in der Pipeline?**

Es ist wahrlich gerecht, die Vermögenssteuern wieder einzuführen. Nehmen Sie etwa die Erbschaftssteuer: Da hat jemand einen reichen Onkel, der sein ganzes Geld mit Freundinnen oder bei Kreuzfahrten durchbringt, ein anderer wiederum erbt von sparsamen Verwandten. Das ist hochgradig ungerecht. Die Erbschaftssteuer stellt also wieder Gerechtigkeit her: Haben die Eltern gespart, dann geht eben jetzt der Fiskus – Sie verstehen hoffentlich die Metapher – auf Kreuzfahrt. Auf diese Art und Weise können wir uns etwa das extrem niedrige Pensionsantrittsalter von ÖBB-Bediensteten wieder leisten. Diese wiederum können mehr mit ihrer Jahreskarte herumreisen, und schwupp, die wird jetzt als Vorteil aus dem Pensionsverhältnis zusätzlich besteuert. Das ist gerecht, und alle haben etwas davon.

**Aber Vermögenssteuern sind doch Substanzbesteuerungen. Was macht jemand, der beispielsweise ein Unternehmen erbt?**

Das ist doch ganz einfach: Der zahlt auch Erbschaftssteuer, und wenn seine Liquidität dafür nicht reicht, dann nimmt er sich einfach bei der Bank einen Kredit dafür. Wir führen damit der Kreditwirtschaft neue Kreditkunden zu, und gleichzeitig nehmen die Erben das Unternehmen nur dann an, wenn es in Zukunft Erträge verspricht. Das wiederum beruhigt die Bank, die Kredite vergibt. Ich kann einfach nicht verstehen, dass die Banken diese Form der Gerechtigkeit nicht akzeptieren wollen!

- üh -

### Impressum

Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien  
E-Mail: info@sv.sparkasse.at  
Internet: www.sparkasse.at

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl  
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz, Mag. Peter N. Thier

**SPARKASSE**  
Verband Österreich

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien  
Diese Ausgabe wurde am 6.7.2011 redaktionell abgeschlossen.